



Zusammenfassung

Karin Jurczyk, Josefine Klinkhardt

Vater, Mutter, Kind?

Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte

Karin Jurczyk, Josefine Klinkhardt

Vater, Mutter, Kind?

Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte

Unter Mitarbeit von
Christine Entleitner,
Valerie Heintz-Martin,
Alexandra Langmeyer
und Johanna Possinger

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



© 2014 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Verantwortlich: Antje Funcke, Sarah Menne
Lektorat: Heike Herrberg
Herstellung: Christiane Raffel
Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke
Umschlagabbildung: Rob/Fotolia (o.l.), Kati Neudert/PantherMedia (o.r.),
dubova/Fotolia (u.l.), Robert Kneschke/PantherMedia (u.r.)
Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld
ISBN 978-3-86793-543-2

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Vorwort

Für Kinder ist die Familie der erste und wichtigste Ort des Aufwachsens. Sie stellt die Weichen für die Herausbildung der eigenen Identität. In ihr erfahren Kinder Nähe, Gemeinschaft und Geborgenheit. Familie ist Bildungsort – für alle Generationen. Kinder, Mütter und Väter lernen im Alltag von- und miteinander, entwickeln Empathie und Eigenverantwortlichkeit und müssen mit Konflikten umgehen. Werte, Vorstellungen und Normen werden von Eltern an ihre Kinder weitergegeben und im täglichen Miteinander weiterentwickelt. Eltern haben damit einen erheblichen Einfluss auf die späteren Bildungs- und Lebenschancen ihrer Kinder – das belegt nationale wie internationale Forschung.

Die Rahmenbedingungen, unter denen Familie gelebt wird und Kinder aufwachsen, sind in den vergangenen 20 Jahren zunehmend komplexer geworden. Dafür liefert das Buch von Karin Jurczyk, Abteilungsleiterin für den Bereich Familie und Familienpolitik am Deutschen Jugendinstitut (DJI), und Josefine Klinkhardt, wissenschaftliche Referentin am DJI, eindruckliche Belege. Basierend auf umfangreichem Datenmaterial und zahlreichen quantitativen und qualitativen Studien erfassen die Autorinnen in acht Trends, wie die Herausforderungen für Mütter und Väter bei der Gestaltung des Familienalltags gestiegen sind. Sie zeigen, wie unterschiedlich sich Familien heute zusammensetzen, wie sie ihren Alltag zwischen Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und eigenen Wünschen managen, aber auch welchen Ansprüchen und gesellschaftlichen Normen sie sich stellen müssen.

Ein besonderes Augenmerk legen die Autorinnen dabei auf die Folgen dieser Trends für das Aufwachsen von Kindern: Wie erleben Kinder die Vereinbarkeitsprobleme oder die finanziellen Engpässe ihrer Eltern? Welche Folgen hat es für Kinder, dass die Unterstützungs- und Anregungsmöglichkeiten in den Familien zusehends heterogener werden und die familiären Lebensbedingungen je nach Schicht und Milieu zunehmend auseinanderdriften? Gerade dieser Blickwinkel aus der Sicht der Kinder macht das Buch so wertvoll. Denn Wohlergehen und faire Bildungs- und Teilhabechancen für jedes Kind und jeden Jugendlichen sollten das vorrangige Ziel einer nachhaltigen Familien- und Bildungspolitik sein.

Die skizzierten acht Trends machen deutlich, dass die Familienpolitik in Deutschland an vielen Stellen mit den veränderten Lebensbedingungen von Familien nicht Schritt gehalten und insbesondere die Bedürfnisse von Kindern nicht ausreichend im Blick hat: Kinderarmut, zu wenig geeigneter Wohnraum für Familien, fehlende Kita-Plätze von guter Qualität, Benachteiligungen im Bildungssys-

tem, zu wenig Zeit mit Vätern und Müttern – das sind nur einige der Probleme, mit denen Kinder in unserer Gesellschaft viel zu oft leben müssen.

Familienpolitik sollte mehr als bisher an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtet werden. Familien brauchen finanzielle Sicherheit und eine gute Infrastruktur, die sich an ihre Lebenswirklichkeit anpasst. Veränderte familiäre Lebensformen führen dazu, dass steuerliche und sozialversicherungsrechtliche familien- bzw. ehebezogene Maßnahmen nicht dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Notwendig ist ein Instrumentarium, das jedem Kind ein altersgerechtes Existenzminimum sichert und Familien dadurch vor dem Abrutschen in prekäre Lebenslagen schützt. Benachteiligungen von Familien, die sich vor allem in den Sozialversicherungssystemen ergeben, müssen beseitigt werden. Wer sich Zeit für die Fürsorge und Erziehung seiner Kinder nimmt, darf nicht auf das berufliche Abstellgleis geschoben werden – und sollte im Alter durch diese erziehungsbedingte Pause keine Nachteile bei der Rente fürchten müssen. Bei Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollten Kinder als entscheidende zeitliche Taktgeber stärker anerkannt werden – und nicht nur die Bedürfnisse und Zwänge von Erwachsenen (Eltern und Arbeitgebern) im Mittelpunkt stehen.

Kinder brauchen zudem qualitativ hochwertige Bildungsinstitutionen, in denen sie sich entfalten und bestmöglich entwickeln können. Wichtig ist hierbei ein gutes Miteinander von Eltern und Bildungsinstitutionen. Mütter und Väter sollten aktiv einbezogen und als Experten für ihre Kinder wertgeschätzt werden. Aber auch sie selbst sind auf eine leicht erreichbare Infrastruktur angewiesen, die Rat und Hilfe bietet. Vor allem Familien in prekären Lebenslagen oder aus anderen kulturellen Hintergründen haben es oft schwer, bedarfsgerechte Unterstützung zu finden oder auch anzunehmen. Vorhandene Hürden für die Inanspruchnahme solcher Beratungs- und Unterstützungsangebote sollten identifiziert und abgebaut werden.

Das sind viele und durchaus anspruchsvolle Forderungen. Sie verlangen das Überdenken lange bestehender Regelungen und Vergünstigungen. Sie erfordern aber auch einen wertschätzenden Blick auf alle Eltern und Kinder sowie Offenheit und Toleranz gegenüber familiären Lebensformen, Kulturen und Bildern von »guter Familie«. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet an diesen Themen im Projekt »Wirksam in Bildung investieren: Familie und Institutionen stärken«. Wir danken Karin Jurczyk und Josefine Klinkhardt sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DJI, dass sie uns mit dem vorliegenden Buch wichtige Grundlagen, Fakten und Argumente für diese Arbeit liefern. Denn Kinder brauchen für gelingendes Aufwachsen starke Familien und ein chancengerechtes Bildungssystem. Familien- und Bildungspolitik müssen miteinander verzahnt und neu gedacht werden – von den Kindern aus, für die Kinder.

Dr. Jörg Dräger
Mitglied des Vorstands
der Bertelsmann Stiftung

Anette Stein
Director
Programm Wirksame Bildungsinvestitionen
der Bertelsmann Stiftung

Zusammenfassung

Hintergrund und Ziel der Studie

Familie ist für viele Menschen Voraussetzung für Wohlbefinden und Geborgenheit sowie Rückzugsort zur Regeneration. Sie bieten für Erwachsene wie Kinder emotionale, körperliche und mentale Fürsorge. In der Familie werden vielfältige Leistungen erbracht, besonders natürlich für Kinder, aber auch für Erwachsene. Im täglichen Miteinander finden wertvolle Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung, der sozialen Interaktion, der Bildungsvermittlung und des Kompetenzerwerbs statt, denn Familie ist der wichtigste Lebens- und Bildungsort für Kinder. All diese innerfamilialen Leistungen sind jedoch auch für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Familien sind ein zentrales Strukturelement in unserer Gesellschaft, sie fördern den sozialen Zusammenhalt und tragen durch die Sorge für die nachwachsende Generation zu ihrem Erhalt bei. Nicht zuletzt schaffen sie die funktionalen Voraussetzungen für Erwerbsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat.

Um die verschiedenen, individuell und gesellschaftlich relevanten Leistungen erbringen zu können und Kindern gute Bedingungen des Aufwachsens zu ermöglichen, bedürfen Familien bestimmter Rahmenbedingungen. Dies gilt umso mehr, da Familien heute vor vielfältigen komplexen Herausforderungen stehen. Seit den 60er- und 70er-Jahren fanden diverse Veränderungen in der Gesellschaft, der Arbeitswelt und im familialen Miteinander statt. Dieser Wandel hat sich in den letzten 20 Jahren verschärft; mehrfache Entgrenzungen erfordern heute ein gezieltes »Doing Family« (Jurczyk et al. 2009a und 2009b; Jurczyk 2013), also eine gezielte und aktive Gestaltung und Herstellung des familiären Alltags.

Dabei haben diese Veränderungen natürlich vielfach dazu beigetragen, dass individuelle und familiäre Lebensentwürfe verwirklicht werden konnten und starre Rollenbilder aufgeweicht wurden. Insofern hat der gesellschaftliche Wandel durchaus viel Positives mit sich gebracht. Doch Familien stehen heute bei der Bewältigung ihres Alltags eben auch vor wachsenden Herausforderungen. Die Rahmenbedingungen für die Gestaltung eines Familienlebens, das Kindern gelingendes

Aufwachsen ermöglicht, sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten zunehmend komplex geworden. Dies ist bedingt durch gleichzeitige, aber nicht aufeinander abgestimmte Veränderungen der Erwerbsbedingungen, der Familienformen sowie der Geschlechterverhältnisse (Jurczyk et al. 2009b).

Ziel der vorliegenden Studie ist es, die verschiedenartigen Entwicklungen der letzten 20 Jahre aufzuarbeiten und anhand einschlägiger Daten und Befunde Trends zu skizzieren, sodass die neuen Herausforderungen für Familien und Familienpolitik sichtbar werden. Die Studie dient damit als Grundlage für eine Debatte, wie die Familienpolitik auf die Veränderungen von Gesellschaft, Arbeit und Familie reagieren sollte, um die Erbringung der familialen Herstellungsleistungen zu ermöglichen. Denn bisher – so die grundlegende These – hat die Familienpolitik die veränderten Rahmenbedingungen für Familien noch zu wenig bzw. nicht systematisch im Blick. Infrastrukturelle Angebote und Kontexte wurden den neuen Herausforderungen bislang nicht oder nur unzureichend angepasst, sodass die Anforderungen an die Gestaltung des Alltags von Familien heute vielfach sehr hoch und mitunter kaum zu bewältigen sind.

Die Perspektive der Studie richtet sich auf die Frage, welche Folgen sich aus den beschriebenen Trends und der fehlenden Passung der gesellschaftlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen für Kinder ergeben und wie Kindheit unter den gegebenen Umständen gelebt wird. Denn allen Kindern Wohlergehen und gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen, sollte das zentrale Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik sein. Insofern trägt die Studie dazu bei, Familienpolitik neu von den Kindern aus zu denken.

Neue Herausforderungen für Familien – acht Trends

Im Rahmen der Studie wurden acht Trends identifiziert, die die Veränderungen des Familienalltags und seiner Rahmenbedingungen aufzeigen. Diese Trends werden im Folgenden kurz beschrieben.

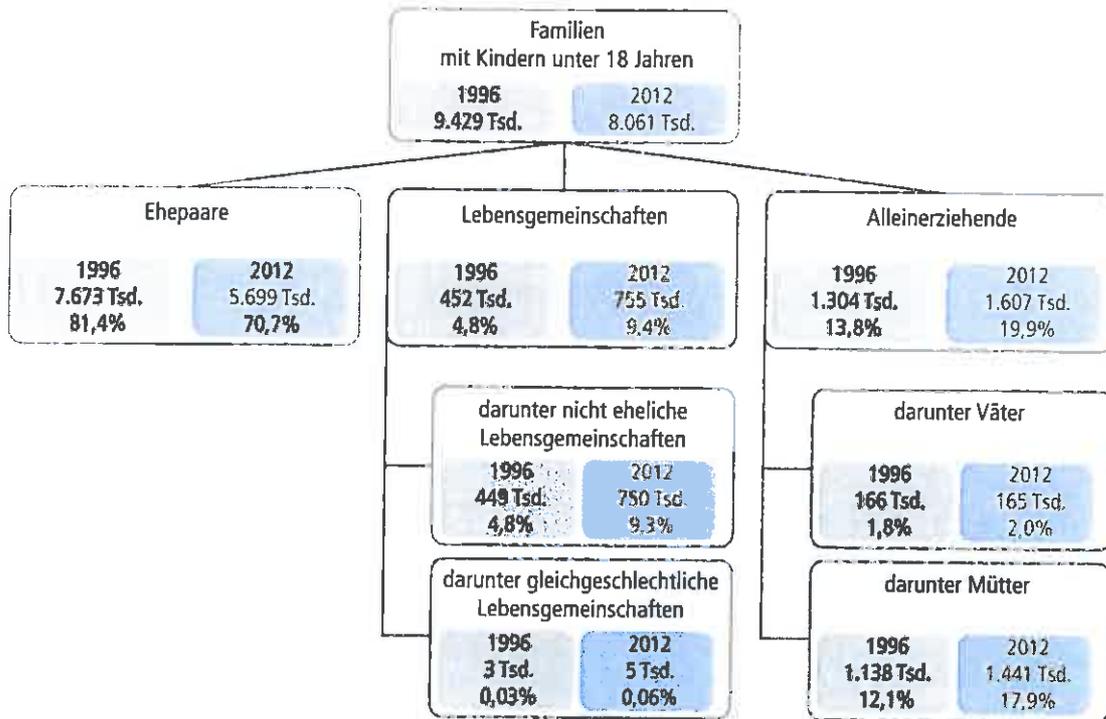
Trend 1: Zunahme vielfältiger Lebensformen

Lebensverläufe sind in den vergangenen Jahrzehnten dynamischer geworden. Die Koordination der Lebensentwürfe der einzelnen Mitglieder innerhalb einer Familie ist damit komplexer geworden. Zwar ist die Ehe nach wie vor die meistgelebte Familienform in Deutschland – ihr Anteil an allen Familienformen hat sich aber seit 1996 um ein Drittel reduziert (BMFSFJ 2012a: 14), sodass andere Formen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Bei rückläufiger Heiratsneigung stagniert die Zahl der Ehescheidungen auf hohem Niveau. Seit 2002 liegt der Anteil der Scheidungen bei rund 35 Prozent an allen Eheschließungen. Bei knapp der Hälfte der Scheidungen sind minder-

jährige Kinder betroffen (BMFSFJ 2012a). Immer mehr Kinder wachsen nur bei einem Elternteil auf – in den allermeisten Fällen (etwa 90 %) bei der allein-erziehenden Mutter. Die Zahl der Eltern, die ein Kind unter 18 Jahren allein großziehen, lag 2011 bei 1,6 Millionen; 1996 lag dieser Wert bei 1,3 Millionen (ebd.: 14).

Abbildung 1: Familienformen 1996 und 2012



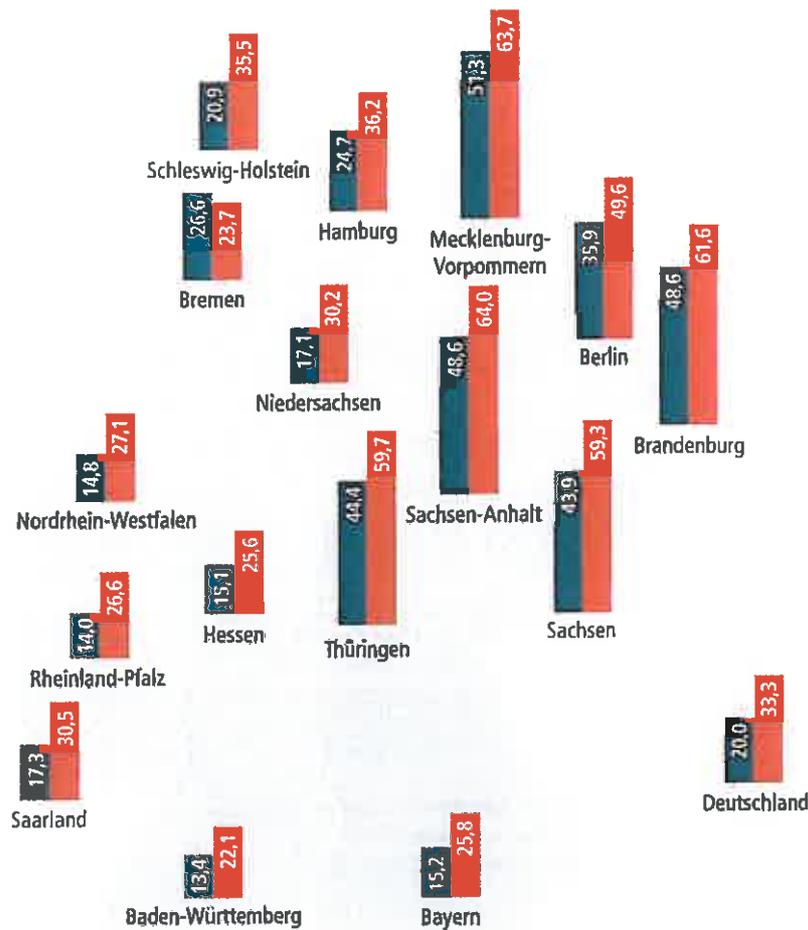
Angaben in absoluten Zahlen und in Prozent

Quelle: Statistisches Bundesamt 2013c: 122; eigene Berechnungen

Die Zahl der Kinder, die von unverheirateten Müttern geboren werden, steigt ebenfalls kontinuierlich. Während 1998 von allen Neugeborenen jedes fünfte Kind aus einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft stammte, war es 2010 bereits jedes dritte Kind. Dabei gibt es zwischen den Bundesländern erhebliche Unterschiede (Langmeyer und Walper 2013).

Kinder wachsen heutzutage seltener in der sogenannten Normalfamilie auf und erleben mehr Übergänge von der einen Familienform in die andere. Aufgrund von Nichtverheiratung, Trennung bzw. Scheidung oder auch Wiederverheiratung und dadurch entstehenden Patchworkfamilien hat sich das Aufwachsen in verschiedenen Familienformen pluralisiert. Dies kann dazu führen, dass Kinder, insbesondere aus Nachtrennungsfamilien, heute häufiger multilokal, das heißt in verschiedenen Haushalten leben.

Abbildung 2: Anteile nicht ehelich geborener Kinder in den Bundesländern Deutschlands 1998 und 2010



■ 1998 ■ 2010

Angaben in Prozent

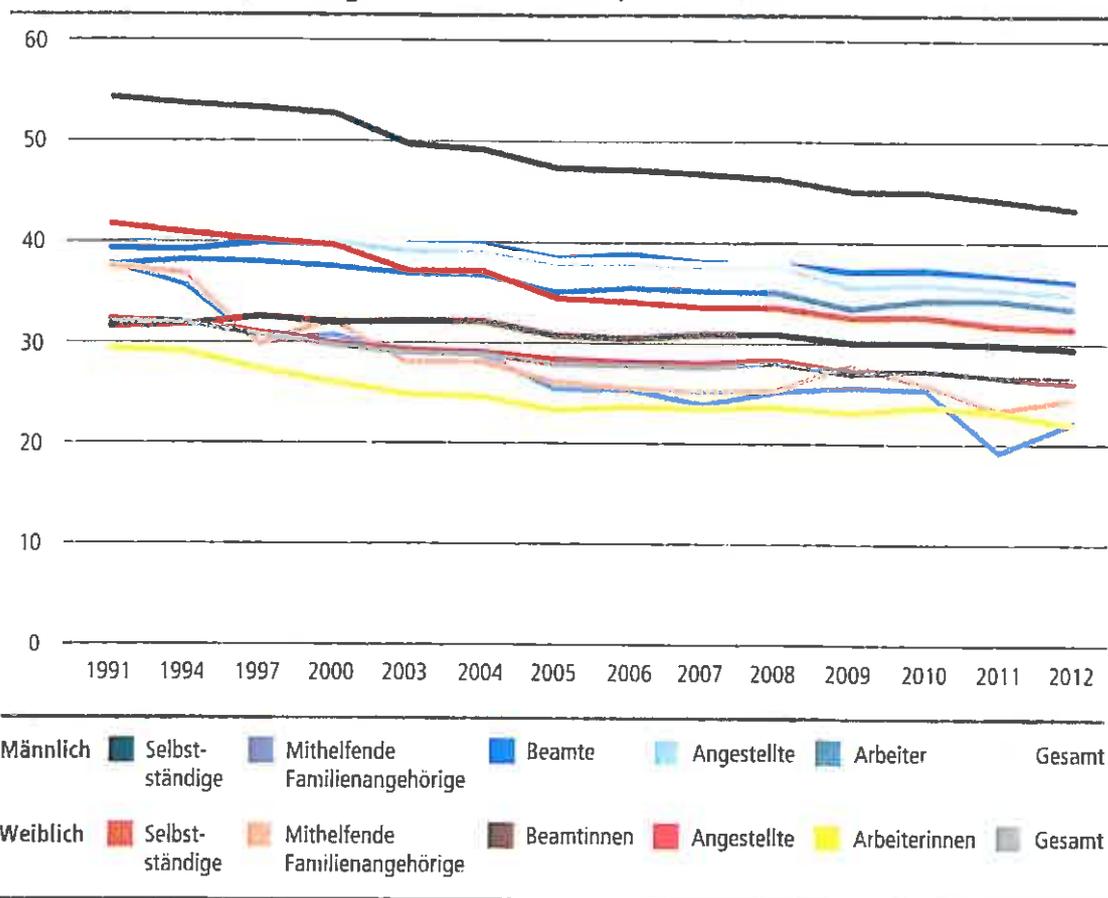
Quelle: Langmeyer und Walper 2013: 24, auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes

Trend 2: Erosion des konventionellen Ernährermodells

Viele Faktoren, vor allem die Bildungsexpansion, haben zu einer größeren Beteiligung von Frauen und Müttern am Erwerbsleben geführt. Männer sind oft nicht mehr allein verantwortlich für das Familieneinkommen. Unterschiede in Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Arbeitsbeteiligung gibt es dabei nach wie vor: Während in Westdeutschland noch 28 Prozent der Paare mit Kindern das traditionelle Ernährermodell leben, findet es sich in Ostdeutschland nur bei zwölf Prozent der Familien (Tölke 2012: 207).

Obwohl Frauen vermehrt am Arbeitsmarkt tätig sind, hat sich ihr Arbeitszeitvolumen in den letzten Jahren vermindert – die Zahl der Teilzeitbeschäftigungen steigt entsprechend. 1991 waren 57 Prozent der Frauen in Deutschland durchschnittlich 32,1 Stunden erwerbstätig. 2012 waren 67,8 Prozent der Frauen erwerbstätig – jedoch im Schnitt 26,5 Stunden pro Woche (Statistisches Bundesamt 2013d: 121, und 2013e; eigene Berechnungen).

Abbildung 3: Durchschnittlich tatsächlich geleistete Wochenarbeitsstunden der Erwerbstätigen nach Geschlecht, 1991 bis 2012



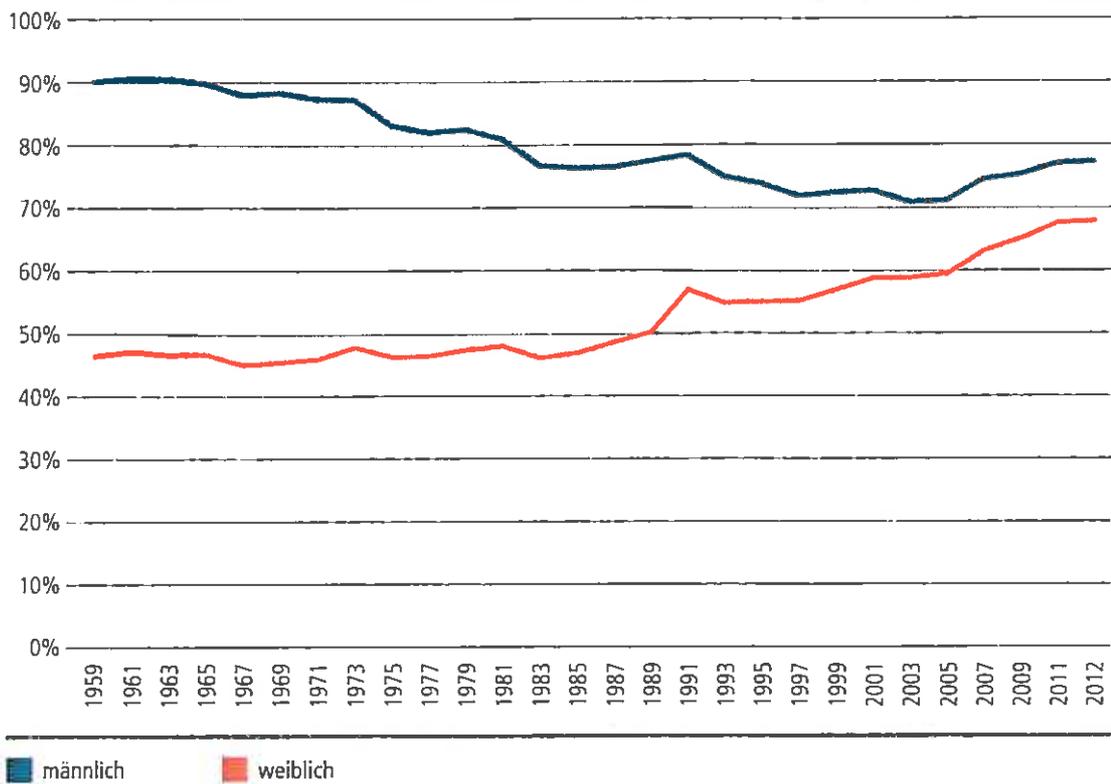
Angaben in Stunden

Quelle: Statistisches Bundesamt 2013d; eigene Darstellung

Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit hat zu weitreichenden Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und Geschlechtsidentitäten geführt. Für Kinder bedeutet dieser Wandel, dass sie heute in der Regel nicht mehr ausschließlich von der Mutter betreut werden, sondern sich die Settings, in denen sie aufwachsen, vervielfältigt haben. Dies gilt vor allem für Kinder, deren Mütter erwerbstätig sind. Erwerbstätige Frauen bringen entsprechend weniger Zeit am Tag für die Kinderbetreuung auf als nicht erwerbstätige Frauen (für Kinder unter sechs Jahren: 1:50h zu 2:57h). Allerdings zeigt der Vergleich zwischen 1991/1992 und 2001/2002, dass die durchschnittliche Betreu-

Zusammenfassung

Abbildung 4: Erwerbstätigenquote nach Geschlecht an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, 1959 bis 2012



Angaben in Prozent

Bevölkerung, Erwerbstätige, Erwerbslose, Erwerbspersonen, Nichterwerbspersonen: im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (bis 1971: Geburtsjahrmethode, ab 1972: Altersjahrmethode). Bis 1962: ohne Soldaten. 1983, 1984: EG-Arbeitskräftestichprobe. 1987: revidierte Hochrechnung (Basis: Volkszählung 1987). Bis 1990: früheres Bundesgebiet. Ab 2005: Mit dem Mikrozensusgesetz 2005 wurde der Mikrozensus von einer Erhebung mit fester Berichtswoche (bis 2004 üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April) auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt. Die Ergebnisse ab 2005 liefern damit nicht mehr eine Momentaufnahme einer bestimmten Kalenderwoche, sondern geben Aufschluss über die gesamte Entwicklung im Durchschnitt des Erhebungsjahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2013e, Mikrozensus (Arbeitstabellen); eigene Berechnungen

ungszeit nicht ab-, sondern sogar zugenommen hat (Statistisches Bundesamt 2003).

Hinzu kommt, dass Väter als Bezugspersonen für ihre Kinder zunehmend wichtiger werden. Auch wenn in vielen Familien der Vater nach wie vor als wichtiger Ernährer gilt, hat sich das Verständnis der Vaterrolle grundlegend gewandelt. Männer wollen mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Während 2007 erst 12,4 Prozent der Väter Elterngeld in Anspruch nahmen, bezogen dies im vierten Quartal 2011 bereits 27,7 Prozent (Schutter und Zerle-Elsäßer 2012; Statistisches Bundesamt 2013a).

Insgesamt erfahren Kinder damit heute im Elternhaus weniger starre Rollenbilder. Aufgrund der stärker egalitären Familienstrukturen wachsen sie häufiger in

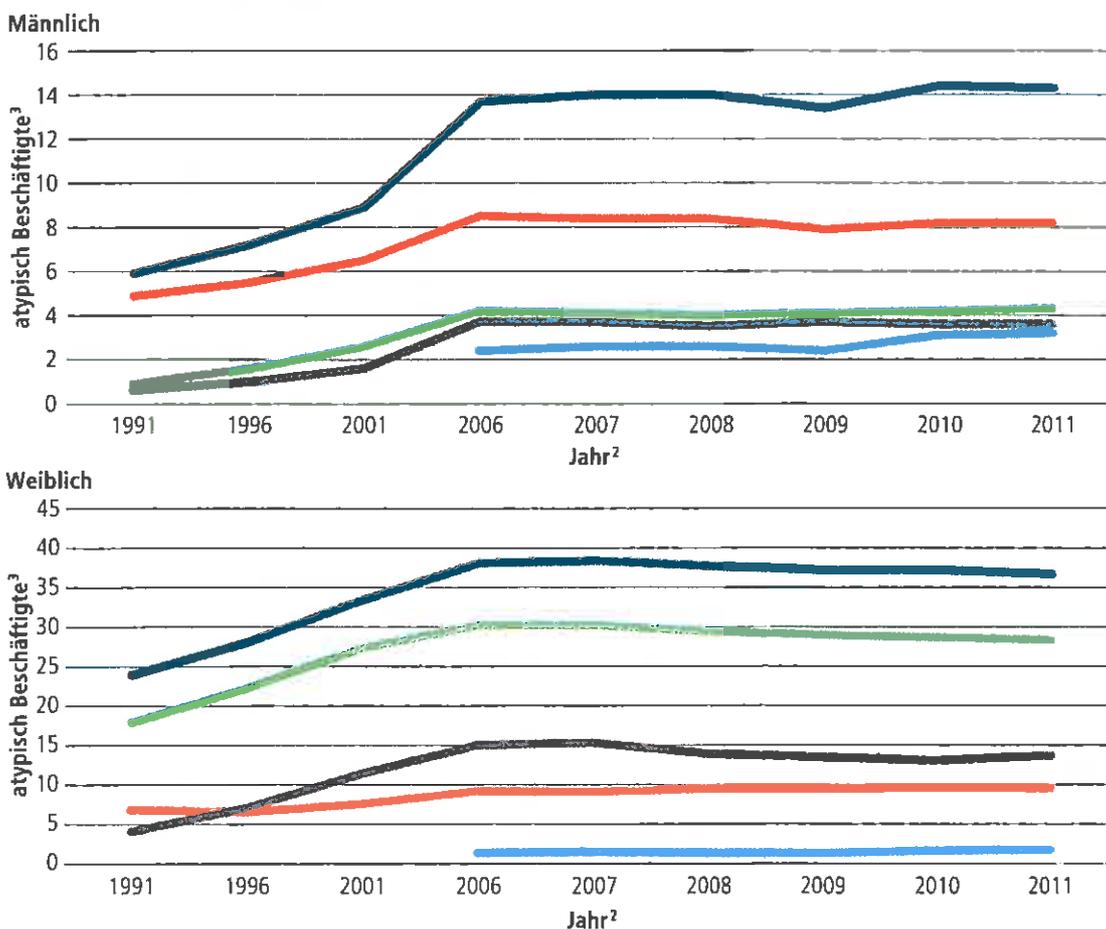
einem Familienklima auf, das von Partnerschaftlichkeit und Vertrauen zwischen den Eltern sowie zwischen Eltern und Kindern geprägt ist.

Trend 3: Entgrenzung von Erwerbsbedingungen

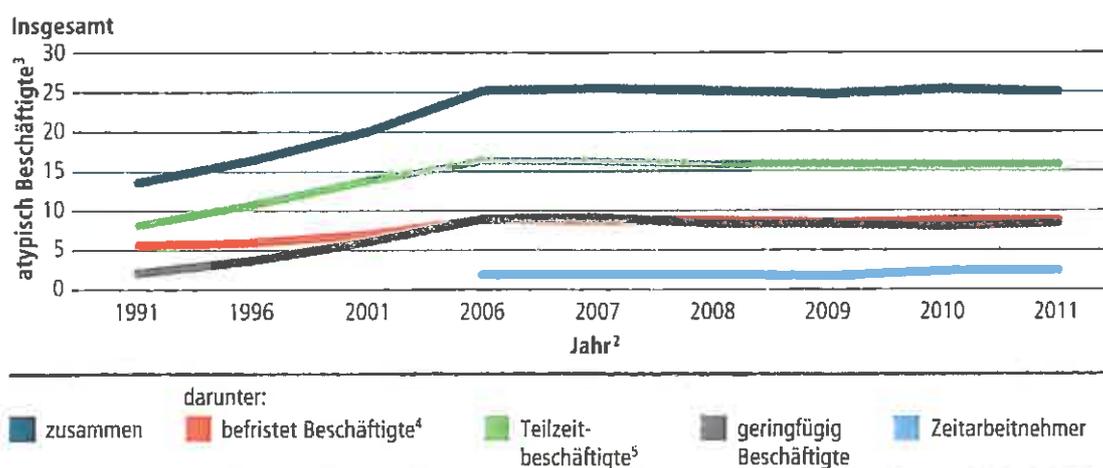
Das Konzept der Entgrenzung beschreibt Auflösungstendenzen von etablierten Strukturen. Beim Arbeitsmarkt zeigt sich diese Entgrenzung vor allem am Rückgang des Normalarbeitsverhältnisses. Zeitliche Flexibilität und räumliche Mobilität nehmen zu, weshalb Erwerbsarbeit immer seltener im Rahmen von festen Zeiten im Unternehmen geleistet wird, sondern auch am Abend und am Wochenende, von einem weiteren Arbeitsort aus oder von unterwegs.

Darüber hinaus arbeiten immer mehr Menschen heute in atypischen Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit, Minijobs, Leiharbeit oder in befristeten Arbeitsverhältnissen. Ihr Anteil an allen Beschäftigten stieg von 13,7 Prozent im Jahr 1991 auf 25,1 Prozent im Jahr 2011 (Statistisches Bundesamt 2012a: 7).

Abbildung 5: Anteile atypisch Beschäftigter¹ nach Erwerbsform 1991 bis 2011



Fortsetzung Abbildung 5



Angaben in Prozent

¹ Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren und ohne Personen in Bildung oder Ausbildung; ohne Zeit- und Berufssoldaten sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende

² Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte

³ Vor 2006 ohne Zeitarbeitnehmer

⁴ Mehrfachzählung möglich

⁵ Mit 20 oder weniger Arbeitsstunden pro Woche

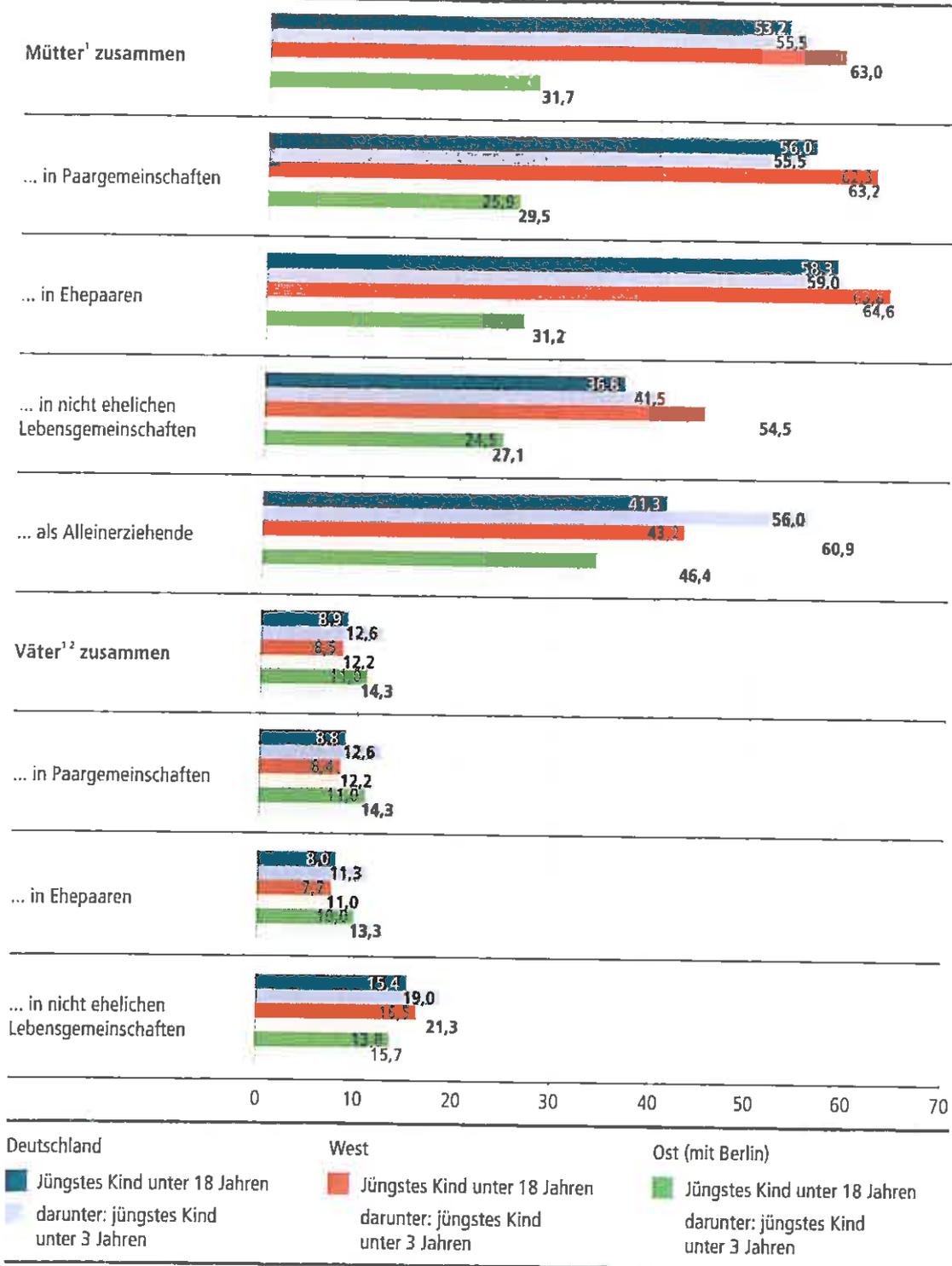
Quelle: Statistisches Bundesamt 2012a: 7; Ergebnisse des Mikrozensus

Vor allem erwerbstätige Mütter arbeiten hierzulande in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Von allen Müttern mit Kindern unter 18 Jahren sind bundesweit 53,2 Prozent atypisch beschäftigt. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den westlichen (58,9 %) und den östlichen Bundesländern (27,6 %) (Keller und Hausteil 2012: 1089).

Bei vermehrt befristeter und geringfügig entlohnter Arbeit steigen gleichzeitig die Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sodass Erwerbsarbeit heute stärker verdichtet ist. Arbeit findet immer häufiger Eingang in den Privatbereich, immer mehr Aufgaben müssen in der gleichen Zeit erledigt werden, sodass Arbeits- und Zeitdruck, Überforderung und Stressphänomene zunehmen (Haubl et al. 2013; Lohmann-Haislah 2012; Zok und Dammasch 2012). Mittlerweile fällt es jedem dritten Arbeitnehmer schwer, nach der Arbeit abzuschalten (DGB-Index Gute Arbeit 2012: 16). Entsprechend führen diese entgrenzten Erwerbsbedingungen dazu, dass Gemeinsamkeit in Familien komplizierter herzustellen ist, da erwerbstätige Eltern in zeitlicher, räumlicher und/oder inhaltlicher Hinsicht vermehrt beruflich gefordert sind. Zudem wirken sich diese Entwicklungen in vielen Familien direkt auf die finanzielle Sicherheit, das Familienleben, aber möglicherweise auch die Entscheidung zur Familienerweiterung aus.

Kinder erleben dadurch ihre Eltern häufiger gestresst und ihre Bedürfnisse können oft nur in den Zeitlücken der Erwerbsarbeit berücksichtigt werden. Gelingt Müttern und Vätern die Grenzziehung zwischen Arbeit und Familienleben nicht,

Abbildung 6: Atypisch beschäftigte Mütter und Väter nach Alter des jüngsten Kindes 2011



Angaben in Prozent

¹ Elternteile im erwerbsfähigen Alter mit in der Familie lebendem jüngstem Kind unter 18 Jahren; auch Pflege-, Stief- und Adoptivkind
² Kategorie »Alleinerziehende« nicht separat ausgewiesen, da Fallzahlen zu gering

Quelle: Keller und Hausteil 2012: 1089, auf Basis des Mikrozensus 2011

so schränkt dies die gemeinsame Familienzeit nicht nur quantitativ ein, sondern mindert auch, wie qualitative Untersuchungen gezeigt haben, die Ressourcen für Aufmerksamkeit und Zuwendung für die Kinder und den Partner (Alt und Lange 2012; Jurczyk et al. 2009b).

Trend 4: Eltern unter Druck – (Nicht-)Vereinbarkeit von Beruf und Familie

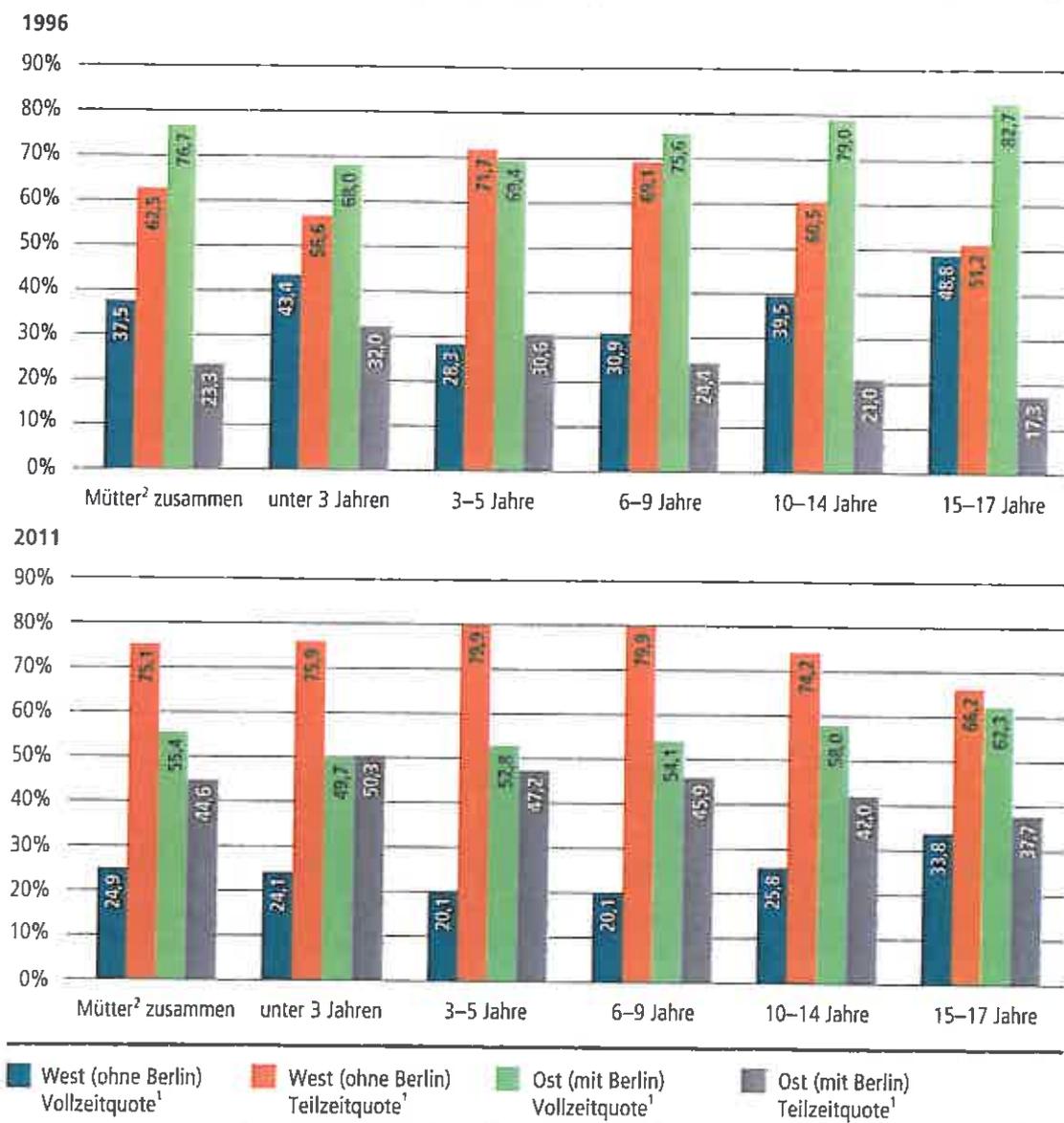
Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen, ist nicht nur durch steigende berufliche Anforderungen und veränderte Erwerbsbedingungen eine immer schwierigere Aufgabe. Auch erhöhte Erwartungen an Elternschaft setzen Mütter und Väter zunehmend unter Druck. Insbesondere Mütter sind durch die Vielzahl ihrer Aufgaben gefordert, weshalb sie oft ihre Erwerbstätigkeit nach der Familiengründung reduzieren oder (zeitlich begrenzt) ganz aufgeben. Die Teilzeitquote von Müttern mit Kleinkindern ist zwischen 1996 und 2011 im Westen von 56,6 auf 75,9 Prozent und im Osten von 32 auf 50,3 Prozent gestiegen (Keller und Hausteil 2012: 1082). Auffällig ist dabei, dass Mütter unabhängig vom Alter ihrer Kinder vermehrt in Teilzeit arbeiten.

Für Väter ergibt sich eine ausgeprägte Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Einerseits wächst der Wunsch nach aktiver Vaterschaft; andererseits erhöhen die allermeisten Väter ihren Arbeitsumfang und arbeiten mehr als Männer ohne Kind. Dabei wünschen sich Eltern heute eigentlich weder eine solche traditionelle Arbeitsteilung – bei der der Vater länger arbeitet, während die Mutter ihre Erwerbstätigkeit vollständig aufgibt –, noch möchten sie beide Vollzeit berufstätig sein (Forsa 2013). Vielmehr wünschen sich berufstätige Mütter und Väter entweder einander angenäherte Arbeitszeitvolumina oder das Modell »Vater: Vollzeit – Mutter: Teilzeit« (jeweils etwa 40 %, siehe Forsa 2013).

Unter besonders großem Druck stehen Alleinerziehende. Mütter ohne Partner sind dabei zeitlich am stärksten belastet. Mit ihrem hohen Erwerbsumfang sowie der alleinigen Zuständigkeit für Haus- und Familienarbeit sind sie mit bezahlter und unbezahlter Arbeit täglich länger eingespannt als Mütter oder Väter in Paarkonstellationen (BMFSFJ 2011). Sie verbringen ähnlich viel Zeit mit ihren Kindern wie andere Mütter, gleichen jedoch das höhere Erwerbsvolumen durch weniger Zeit für die persönliche Regeneration aus, also für Aktivitäten wie Schlafen oder Essen (Meier-Gräwe und Kahle 2009; BMFSFJ 2011).

Insgesamt wünschen sich drei Viertel aller Mütter und Väter mehr Zeit für ihre Familie (BMFSFJ 2012b: 12) und auch an den Kindern gehen die Vereinbarkeitsprobleme von Müttern und Vätern nicht spurlos vorüber. Zwar geben 80 Prozent der 6- bis 14-jährigen Kinder an, dass ihre Mutter in der Woche viel oder genügend Zeit für sie hat; gleichzeitig beantworten 30 Prozent der Kinder die Frage, ob sie ihre Mutter als gehetzt und ungeduldig erleben, wenn sie von der Arbeit kommt, mit Ja. Quer durch alle Untersuchungen zieht sich jedoch der Befund, dass der Erwerbsumfang von Vätern den Kindern häufiger Anlass zur Kri-

Abbildung 7: Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigenquote von Müttern 1996 und 2011 nach dem Alter des jüngsten Kindes



Angaben in Prozent

¹ Anteil der Vollzeit-/Teilzeiterwerbstätigen an allen aktiv erwerbstätigen

² Mütter im erwerbsfähigen Alter mit im Haushalt lebendem jüngstem Kind unter 18 Jahren, auch Stief-, Pflege- oder Adoptivkind

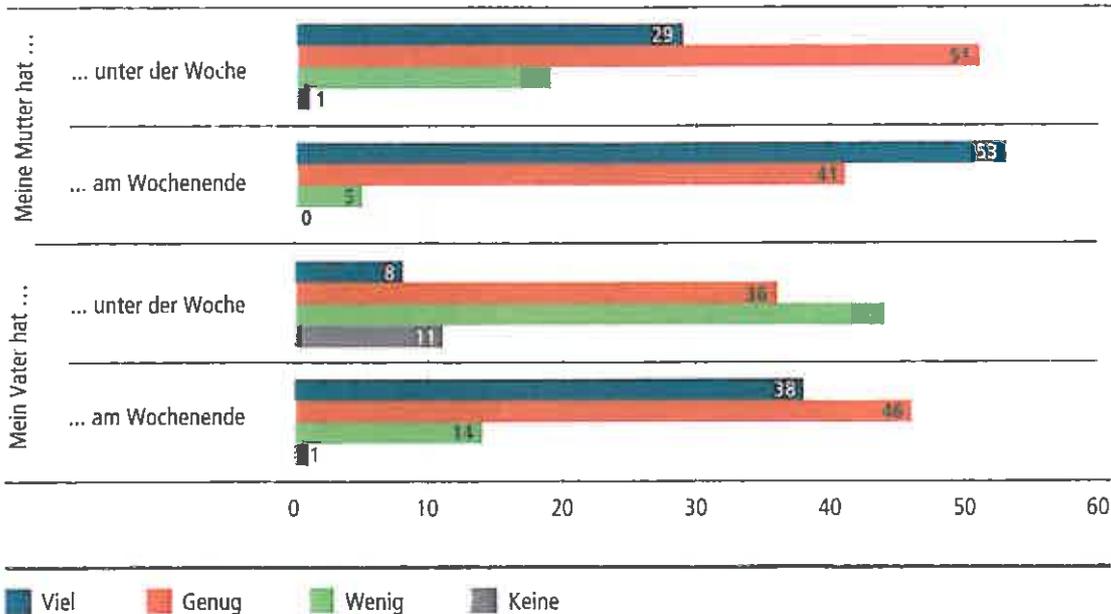
Quelle: Keller und Hausteil 2012: 1082

tik bietet als der von Müttern. So geben lediglich 44 Prozent der Kinder an, ihr Vater hätte viel oder genügend Zeit für sie unter der Woche (GEOLino, UNICEF und BMAS 2010).

Die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben zudem für Kinder nicht nur verunsicherte und überforderte Eltern zur Folge, sondern auch ein vermehrtes Aufwachsen »außerhalb des familiären Nahraumes« (BMFSFJ 2013: 37).

Abbildung 8: Zeit der Eltern für ihre Kinder

Wie viel Zeit hat ... für dich?



Angaben in Prozent

Basis: N=1.500/1.254 Kinder 6–14 Jahre

Quelle: GEOlino, UNICEF und BMAS 2010: 27; eigene Darstellung

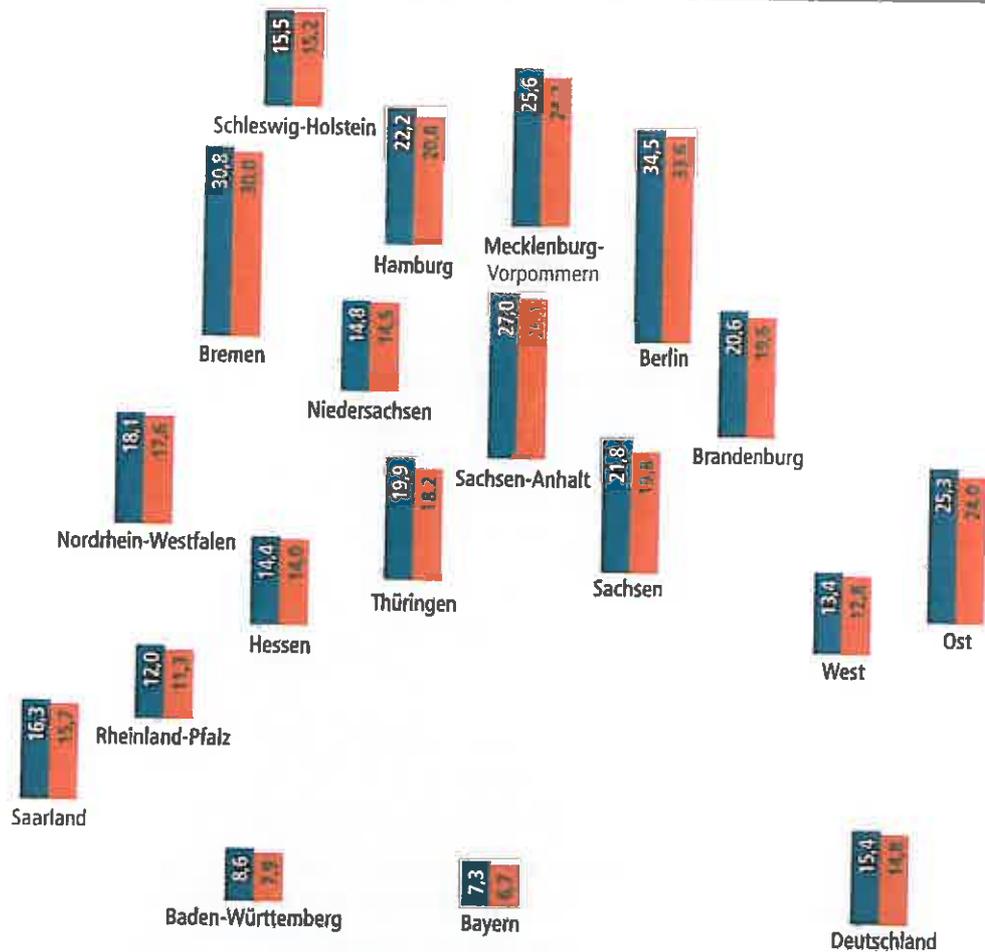
Trend 5: Polarisierung der Lebenslagen: Zunahme von Familien- und Kinderarmut

Während in Deutschland die Mittelschicht tendenziell schrumpft, werden die Armen ärmer und die Reichen reicher (Bertelsmann Stiftung 2012a; BMAS 2013). In der Folge driften auch die Lebenslagen von Familien zusehends auseinander, weshalb die monetären, sozialen und kulturellen Ressourcen zur Bewältigung des Alltags von Familien immer stärker divergieren.

Mit Blick auf die finanziellen Ressourcen in Familien lebten Ende 2012 rund 1,6 Millionen Kinder unter 15 Jahren im SGB-II-Bezug. Dies entspricht einem Anteil an allen Gleichaltrigen von 14,8 Prozent, der seit 2005 (15,6 %) leicht zurückgegangen ist. Regional gibt es große Differenzen, was den Anteil der Kinder im Hartz-IV-Bezug betrifft (BIAJ 2013; Martens 2012).

Bestimmte Familienformen – vor allem Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund – sind häufiger von Armut betroffen als andere. Bei den Alleinerziehenden ist seit 2005 ein Anstieg der Armutsgefährdungsquote zu verzeichnen. Im Jahr 2011 hatten laut Mikrozensus 42,3 Prozent der alleinerziehenden Familien ein Einkommensarmutsrisiko. Bei kinderreichen Familien ist das Armutsrisiko seit 2005 leicht rückläufig, lag 2011 aber bei 23 Prozent (BMAS 2013).

Abbildung 9: Anteil der Kinder unter 15 Jahren in Hartz IV 2010 und 2012



■ 2010 ■ 2012

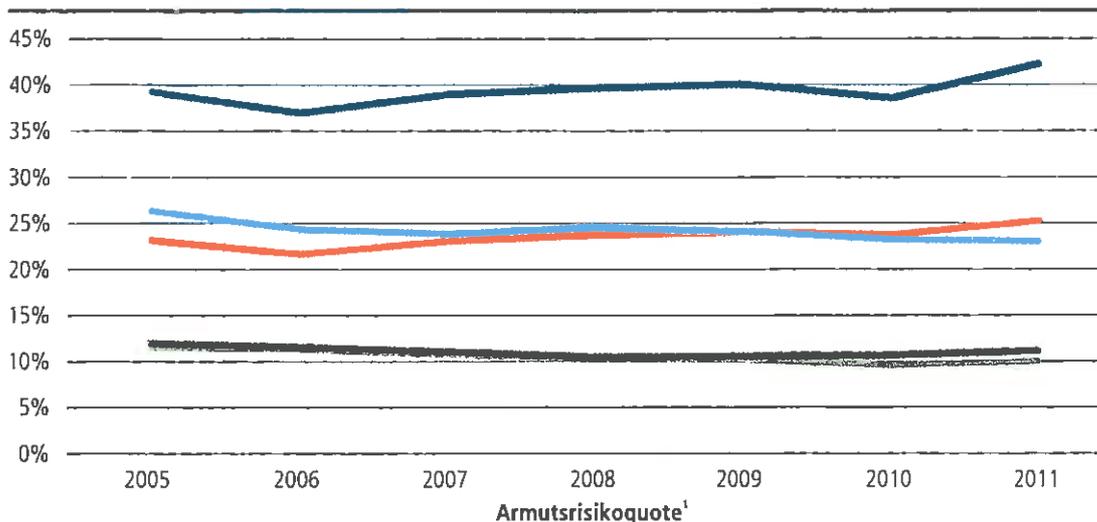
Angaben in Prozent

Quelle: Martens 2012: 28 für die Werte 2010 sowie BIAJ 2013: 4 für die Werte 2012; eigene Darstellung

Für das Aufwachsen von Kindern ergibt sich damit eine ungleiche Verteilung von Chancen und Risiken. Im Jahr 2010 lebte mehr als jedes vierte Kind unter 18 Jahren in einer Familie, in der die Eltern von Armut, Arbeitslosigkeit oder Bildungsferne betroffen waren (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 225). Dabei ist das Aufwachsen in solchen Risikolagen mit ungünstigen Lebens- und Teilhabechancen verbunden.

Für Kinder können prekäre Bedingungen des Aufwachsens nahezu alle Lebensbereiche beeinträchtigen. Zwar führen Armut und soziale Benachteiligung nicht automatisch zu einer prekären Kindheit; es zeigt sich aber, dass finanzielle Sicherheit in der Familie die Wahrscheinlichkeit eines gelingenden Aufwachsens von Kindern

Abbildung 10: Einkommensarmutsrisiko von verschiedenen Haushaltstypen in Deutschland 2005 bis 2011



¹ Äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (neue OECD-Skala) < 60 Prozent des Medians der Einkommen aller Personen

■ Alleinerziehend ■ Alleinlebend ■ Paar mit 1 Kind ■ Paar mit 2 Kindern ■ Paar mit 3 und mehr Kindern

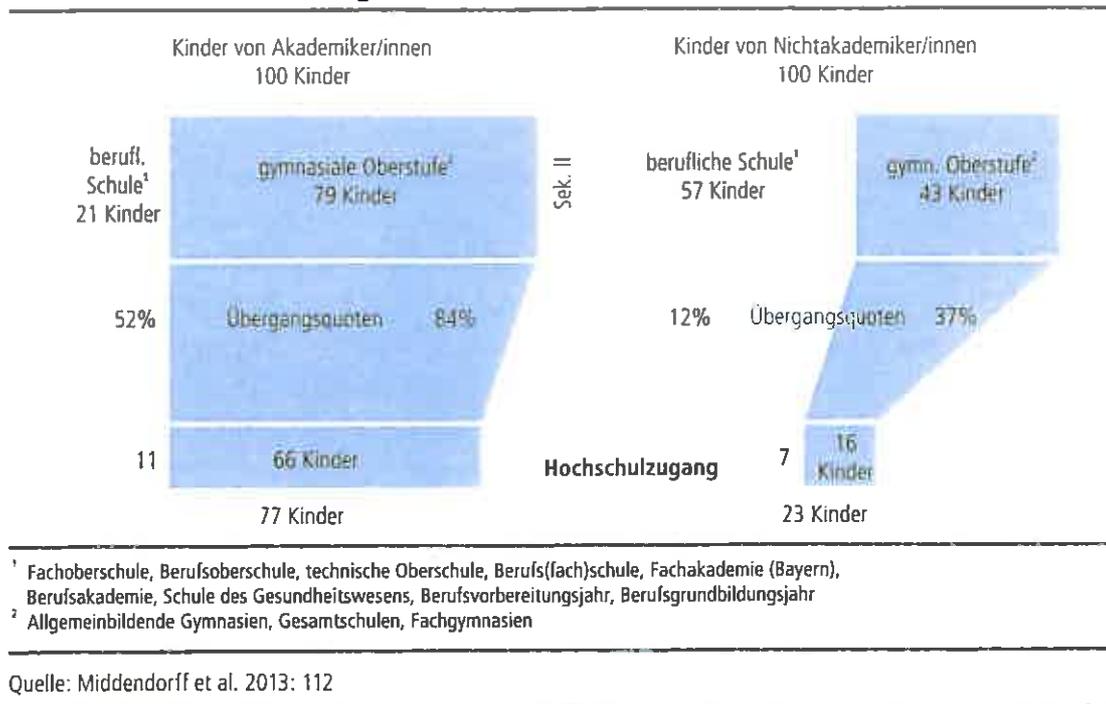
Angaben in Prozent

Quelle: BMAS 2013: 461; auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus; eigene Darstellung

erhöht – im Sinne eines zugewandten Erziehungsstils und einer reduzierten Konfliktwahrscheinlichkeit bei den Eltern (Bradna, Jurczyk und Schutter 2012; Walper 2008). Im Umkehrschluss können finanzielle Engpässe Konflikte zwischen Eltern begünstigen, sodass das elterliche Trennungsrisiko steigt (ebd.). Nachteilige Effekte ökonomischer Deprivation auf die Gesundheit und die Sozialbeziehungen von Kindern wurden wiederholt aufgezeigt (Walper 2008 und 2009; Laubstein et al. 2012).

Besonders problematisch ist in diesem Kontext, dass es dem deutschen Bildungssystem bislang kaum gelingt, eine Integrations- und Kompensationsfunktion zu erfüllen. Vielmehr trägt es zu einer Verfestigung sozialer Ungleichheit bei, indem es nicht allen Kindern faire Bildungschancen eröffnet. Das zeigt anschaulich der sogenannte Bildungstrichter.

Abbildung 11: Soziale Selektion beim Zugang zum Studium – der »Bildungstrichter« im Jahr 2009



Trend 6: Kulturelle Diversifizierung – Familien mit Migrationshintergrund

Kinder und Jugendliche aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte bilden einen wachsenden Anteil der Bevölkerung in Deutschland, wenngleich sie häufig hierzulande geboren sind und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. 2011 hatten laut aktuellen Ergebnissen des Zensus 2011 26,8 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Deutschland einen Migrationshintergrund. Von ihnen besitzen rund 77 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit (Statistisches Bundesamt 2013b: 12 f., eigene Berechnungen). Mit 89 Prozent ist die überwiegende Mehrheit der Kinder mit familiärem Migrationshintergrund bereits in Deutschland geboren, sodass die hiesige Gesellschaft für sie ein bedeutsamer Sozialisationskontext ist (Otremba 2013: 18).

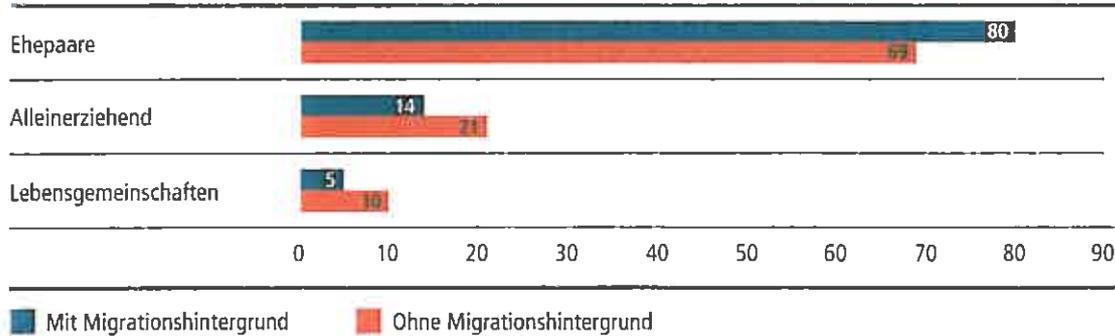
Der Migrationshintergrund der Kinder bezieht sich somit stärker auf die Herkunftsländer der Mütter und Väter, also den familialen Zusammenhang, als auf die Wanderungsgeschichte der Kinder selbst (vgl. Betz 2011: 270). Dennoch: Je jünger die Kinder sind, desto höher ist ihr Anteil an denjenigen Kindern, die in Familien mit Migrationshintergrund leben. Während von den unter Dreijährigen 35 Prozent in Familien mit Migrationshintergrund leben, beträgt der Anteil der 14- bis 18-Jährigen 27 Prozent (BMFSFJ 2010: 22). Zusammenfassend zeigt sich damit, dass das Aufwachsen in kultureller Diversität für Kinder in Deutschland immer »normaler wird« (Bertelsmann Stiftung 2012b).

Menschen und Familien mit Migrationshintergrund zeichnen sich durch eine enorme Vielfalt aus – hinsichtlich des familialen Herkunftslandes, der Umstände

und Motive der Wanderung sowie der Einreise- und Integrationsbedingungen (Baykara-Krumme 2012; BMFSFJ 2000). Zudem sind genau wie bei den nicht zugewanderten Familien die Milieus heterogen, in denen Migrantinnen und Migranten und ihre Familien leben (Alt 2006; Merkle 2011). Die vorliegenden Daten zu Familien und Kindern mit Migrationshintergrund erlauben es aber derzeit nicht, die Differenziertheit ihrer Lebenslagen angemessen darzustellen. Daher besteht die Gefahr, ihre Vielfalt auszublenden und stigmatisierende Zuschreibungen unter dem Etikett »Migrationshintergrund« zu verfestigen. Dies gilt es zu vermeiden, indem die Zuwanderungsgeschichte im Kontext der gesamten Lebenslage der Familien betrachtet wird.

Dennoch sollen hier Familien mit Zuwanderungsgeschichte so differenziert wie möglich beschrieben werden. Sie leben häufiger in ökonomisch schlechteren Situationen als Familien ohne Migrationshintergrund. Für das Jahr 2009 wird eine Armutsgefährdungsquote für Familien mit Zuwanderungsgeschichte von 30,5 Prozent ausgewiesen (BMFSFJ 2010: 37). Allerdings gibt es hier je nach Herkunft der Familien sehr große Unterschiede. Damit können je nach kultureller Herkunft und sozioökonomischer Lage für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte ungünstige Bedingungen des Aufwachsens kumulieren. Familien mit Migrationshintergrund sind zudem häufiger verheiratet und seltener alleinerziehend als Familien ohne Zuwanderungsgeschichte und haben häufiger drei und mehr Kinder (15 % vs. 9 %) (Galster und Haustein 2012).

Abbildung 12: Familien mit und ohne Migrationshintergrund nach Familienform 2010



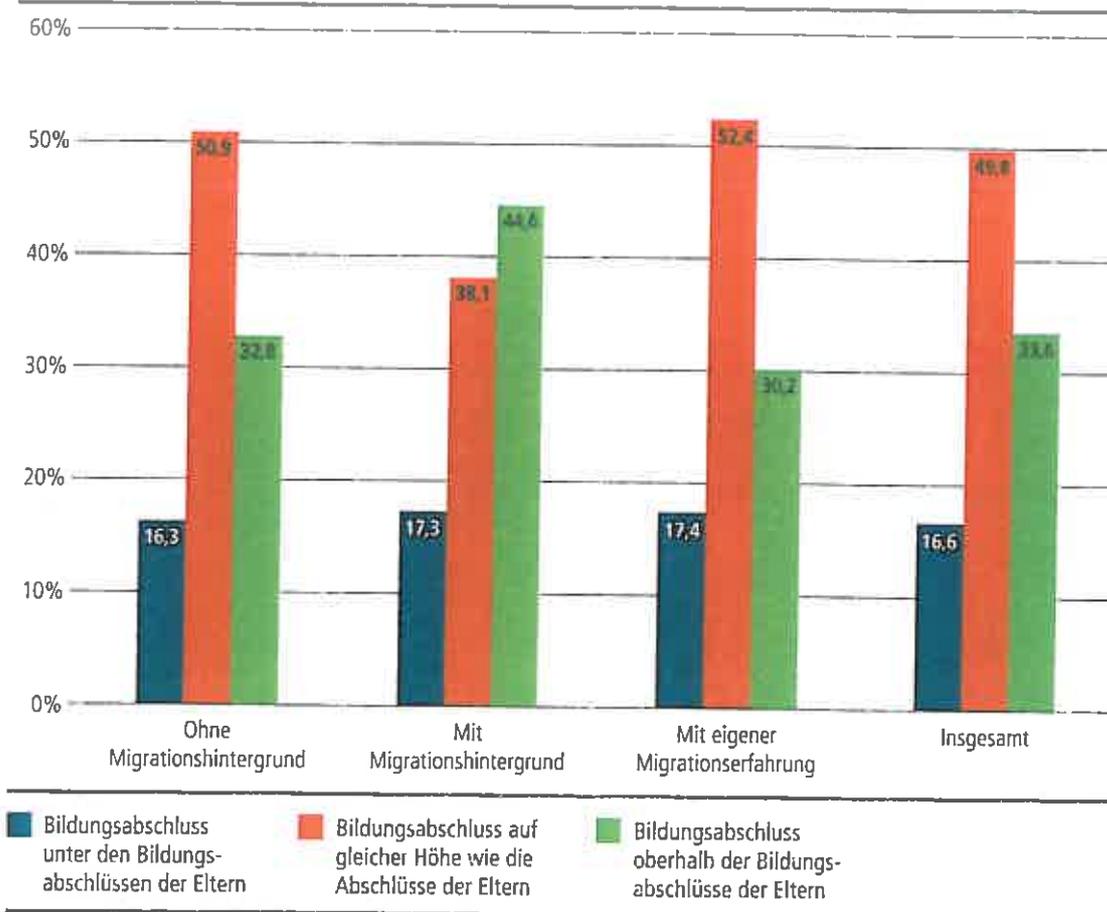
Angaben in Prozent

Quelle: Galster und Haustein 2012

Im Rahmen der PISA-Studien konnten im zeitlichen Verlauf seit dem Jahr 2000 signifikante Verbesserungen der Testleistungen von 15-Jährigen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte gezeigt werden (Klieme et al. 2010). Auch gelingt Jugendlichen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte öfter ein intergenerationaler Bildungsaufstieg als Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, das heißt, sie erwerben einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern (BMFSFJ 2013).

Dennoch haben Kinder mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen im Bildungssystem und schneiden nach wie vor schlechter ab als ihre Mitschüler ohne Migrationshintergrund. Dies zeigt sich etwa an noch immer bestehenden Unterschieden in den Kompetenzen von Grundschulkindern und 15-Jährigen in den Leistungsvergleichen (IQB-Ländervergleich und PISA). Das liegt sowohl daran, dass Angebote zur frühen Bildung und Betreuung vor allem in den ersten drei Lebensjahren weniger in Anspruch genommen werden, als auch daran, dass das kulturspezifische Kapital von Kindern und Eltern mit Zuwanderungsgeschichte im Bildungssystem zu wenig beachtet wird.

Abbildung 13: Personen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren nach intergenerationaler Bildungsdynamik und Migrationsstatus 2009



Angaben in Prozent

Quelle: BMFSFJ 2013: 88

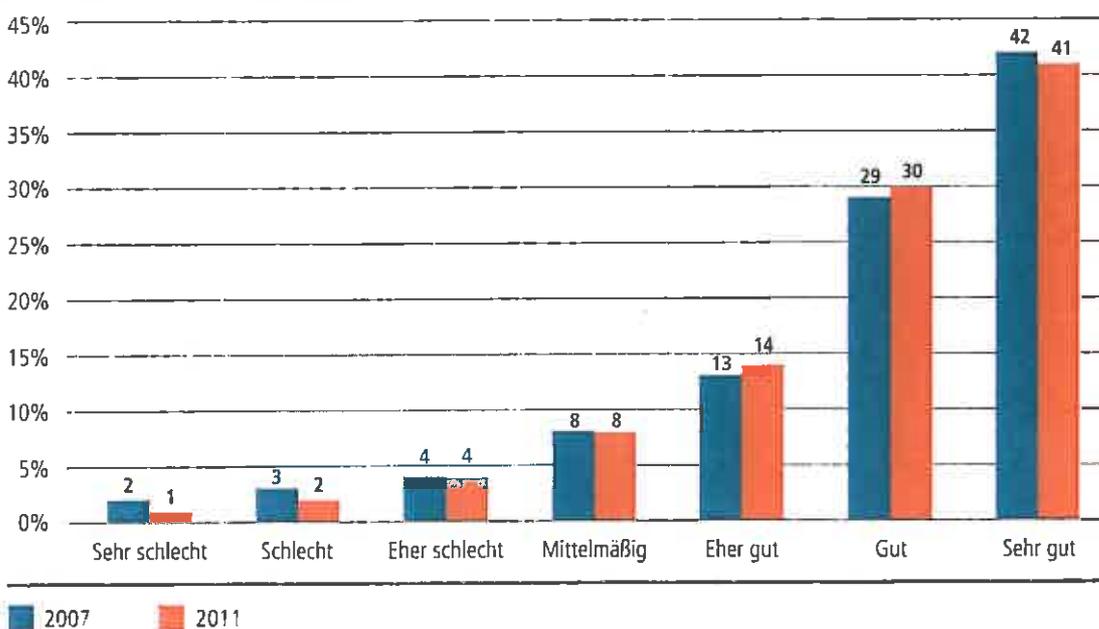
Trend 7: Neue Gestaltungsräume von Kindheit

Die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern haben sich in den letzten Jahrzehnten entschieden verändert. Das haben die bisher skizzierten Trends gezeigt.

Die Anzahl der Kinder in der Gesellschaft ist im Zuge der demographischen Entwicklung deutlich zurückgegangen, aber auch das Erleben und die Wahrnehmung von Kindheit haben sich verändert. So wird die Eltern-Kind-Beziehung heute partnerschaftlicher gelebt und Kinder werden als teilautonome, kompetente Akteure betrachtet, die ihre Umwelt aktiv mitgestalten (Alt und Lange 2013).

Ein erheblicher Teil der Kinder erlebt im Verlauf der Kindheit verschiedene Familienformen und wächst neben der privatfamilialen auch zunehmend in öffentlicher Verantwortung auf. Viele Kinder erfahren ihre Mütter und Väter häufiger als gestresst und überlastet. Gleichzeitig bieten sich ihnen heute vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Medien spielen im Alltag von Kindern und Jugendlichen mittlerweile eine besonders große Rolle. Trotz der benannten Veränderungen fühlen sich Kinder und Jugendliche in ihren Familien sehr wohl – das belegen verschiedene Befragungen (LBS-Initiative Junge Familie 2007 und 2011; BMFSFJ 2013).

Abbildung 14: Das Wohlbefinden in der Familie 2007 und 2011



Angaben in Prozent. Befragt wurden rund 10.000 Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren.

Quelle: LBS-Initiative Junge Familie 2007: 35 und 2011: 43

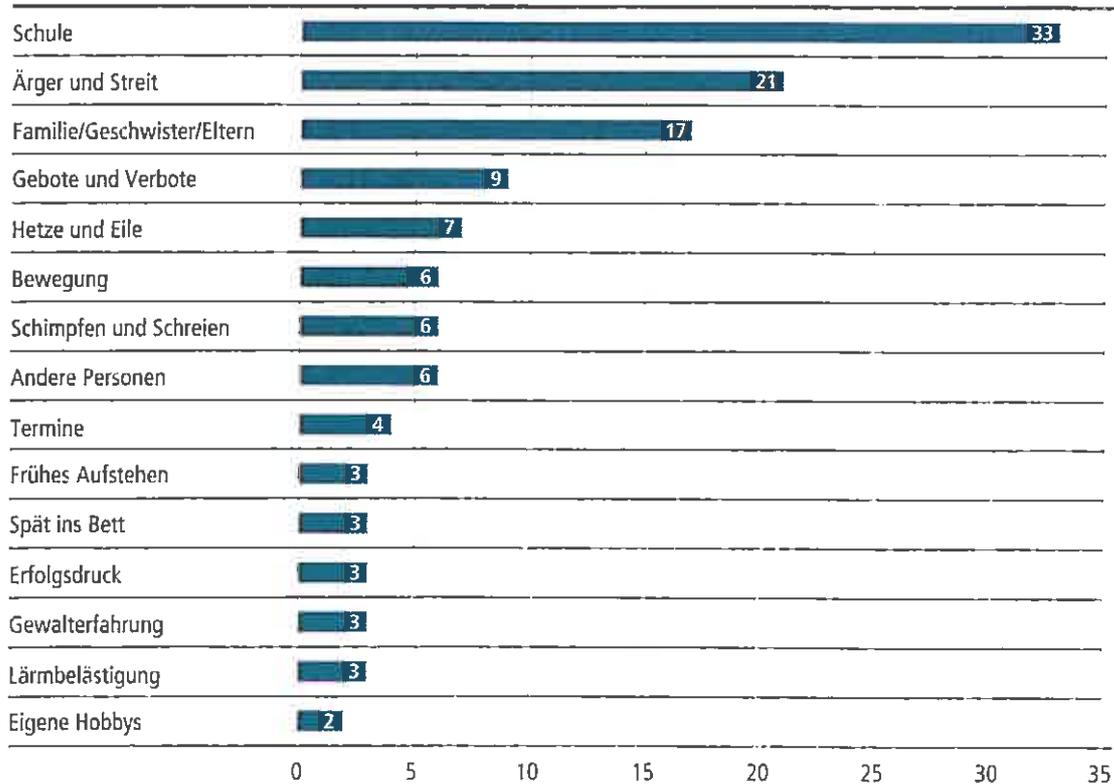
Gleichzeitig unterscheiden sich kindliche Lebenswelten und Handlungsmuster in unserer Gesellschaft jedoch stark nach ihrem sozialen Hintergrund. Die Kindheitsforschung belegt, dass die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen in besonderem Maße von der sozialen Herkunft und dem Einkommen der Eltern abhängt und damit die Vielfalt der Erfahrungswelten beeinflusst wird (Leven und Schneekloth 2010a). Dies beginnt bei den Bedingungen in der elterlichen Wohnung und den entsprechenden Spiel- und Erlebensmöglichkeiten im Nahraum. Aber auch mit Blick auf die Teilhabe an Vereinsaktivitäten oder ehrenamtlichem Engagement

zeigen sich deutliche Unterschiede je nach Schicht- und Milieuzugehörigkeit. So betätigen sich mit 95 Prozent fast alle Kinder der Oberschicht in einem Verein, während dies mit 42 Prozent nicht einmal für die Hälfte aller Kinder der Unterschicht gilt (ebd.: 106).

Kinder verbringen immer früher und immer mehr Zeit in öffentlichen Betreuungs- und Bildungssettings, sodass eine Tendenz zu einer frühen Verschulung von Kindheit und gestiegenem Leistungsdruck auf die Heranwachsenden besteht. Mit dem Bedeutungszuwachs von früher Bildung werden Kinder schon sehr früh in ihrer Entwicklung und ihren Kompetenzen verglichen und gemessen. Dies erzeugt einen erheblichen Erwartungsdruck für Kinder und ihre Eltern (BMFSFJ 2013).

Die Schule ist der Lebensbereich, in dem Kinder die niedrigsten Werte im Wohlbefinden angeben. 2011 haben 16 Prozent der befragten Kinder in der Schule ein gering ausgeprägtes Wohlbefinden geäußert, 2007 waren es mit 13 Prozent noch weniger. Dennoch geben rund die Hälfte der Kinder an, in der Schule ein gutes oder sogar sehr gutes Wohlbefinden zu haben (LBS-Initiative Junge Familie 2011: 45). Allerdings sinkt mit steigendem Alter der Kinder das Wohlbefinden in der Schule und diese ist für Kinder der größte Stressfaktor – vor Streit und Ärger sowie familiärem Stress (LBS-Initiative Junge Familie 2007, 2009 und 2011; Elefanten Kinderschuhe 2012).

Abbildung 15: Wovon fühlst du dich gestresst?



Angaben in Prozent. N = 4.691 Zweit- und Drittklässler

Quelle: Elefanten Kinderschuhe 2012: 141

Durch die ungleichen Unterstützungs- und Anregungsmöglichkeiten in den Familien driften die Bedingungen des Aufwachsens zwischen Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Schichten und Milieus immer weiter auseinander. Kinder aus benachteiligten Familien haben bereits früh in ihrem Leben verinnerlicht, dass sie im Schulsystem geringe Chancen haben: Während 76 Prozent der Kinder aus der Oberschicht das Abitur anstreben, äußern diesen Wunsch nur 19 Prozent der Kinder aus der Unterschicht (Leven und Schneekloth 2010b: 164).

Mit Blick auf die Mütter und Väter sind durch die veränderten Rahmenbedingungen des Familienalltags sowie der Lebenswelten von Kindern die Erwartungen an »gute Elternschaft« gestiegen. Dies zeigt sich zum einen bei bildungsengagierten Eltern, die ihre Kinder mit Förder- und Bildungsangeboten überhäufen. Zum anderen sind Eltern aus sozioökonomisch schwächeren Schichten mit einem unter Umständen eigenen niedrigeren Bildungsniveau in besonderer Weise herausgefordert, den Anforderungen bei der Bildungsunterstützung ihrer Kinder nachzukommen. Dabei fehlt es ihnen zum Teil an den ökonomischen Ressourcen, zum Teil bringen sie aber auch nicht die geforderten und normierten kulturellen Ressourcen mit, um ihre Kinder für das deutsche Bildungssystem fit zu machen. Auf diesem Wege verschärft sich die soziale Ungleichheit.

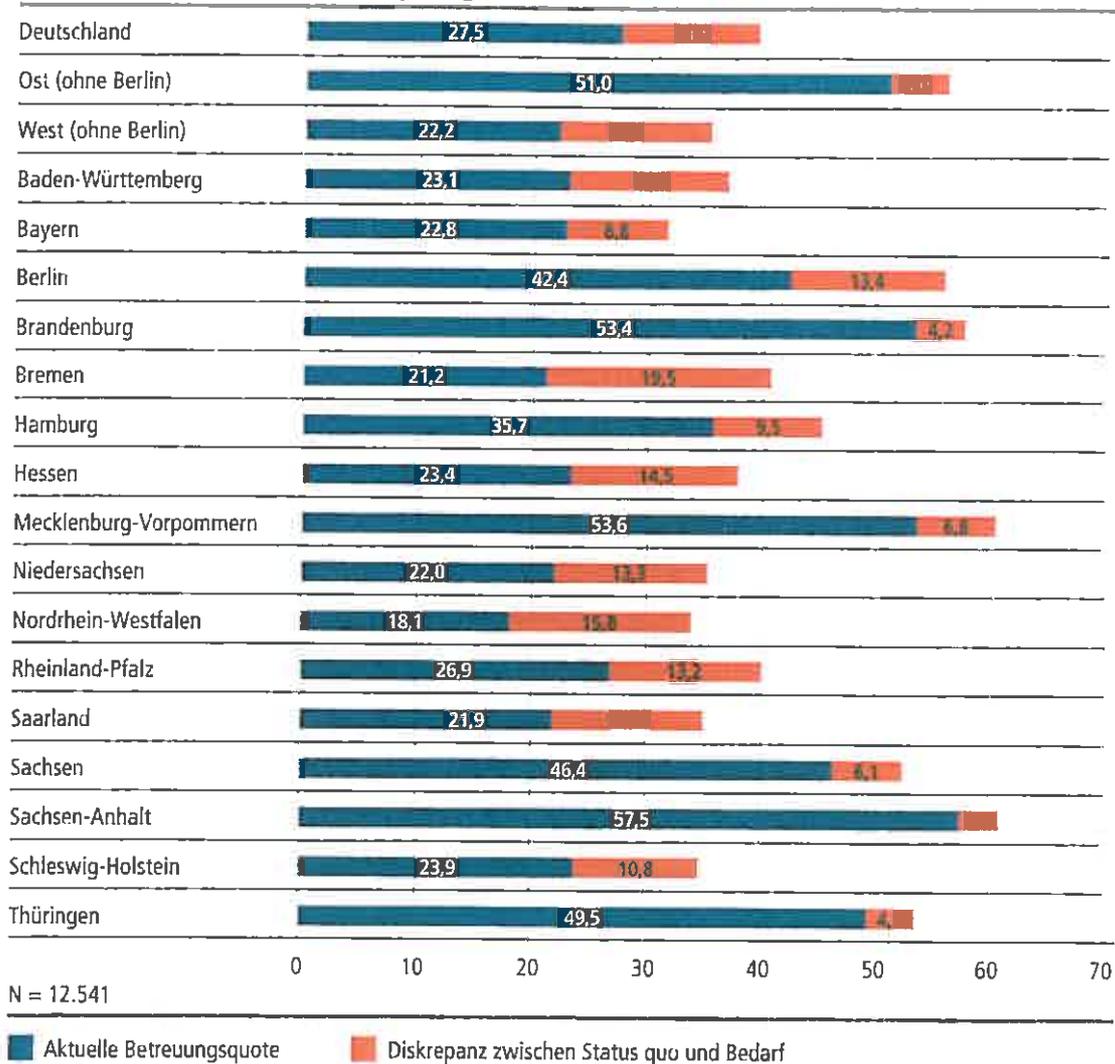
Trend 8: Schwindende Passfähigkeit von Infrastrukturen für Familien

Die gewandelten Rahmenbedingungen von und für Familien führen zu gestiegenen, teils neuen Bedarfen an infrastruktureller Unterstützung vor Ort. Der Begriff des »institutional gap« meint, dass Infrastrukturen an Passfähigkeit verloren haben und den veränderten Bedarfen von Familien und Kindern nicht genügen. Infrastrukturen für Familien sind in unterschiedlicher Weise vom »institutional gap« betroffen: Sie sind häufig unzureichend hinsichtlich Quantität und Qualität und passen auch immer weniger zu den zeitlichen Bedürfnissen von Familien. Sie richten sich vielmehr an traditionellen Normalitätsfolien von autochthon und mittel-schichtorientiert gedachten Familien-, Erwerbs- und Geschlechterverhältnissen aus, die jedoch faktisch an Bedeutung verloren haben.

Die mangelnde Quantität und Qualität von Infrastrukturen ist dabei vor allem in den Bereichen problematisch, in denen der Bedarf von Familien nach infrastruktureller Unterstützung gestiegen ist. Dies gilt für den Bereich der Bildung, Beratung und Hilfe für Familien, wobei in der Familienbildung sogar abnehmende Ressourcen zu verzeichnen sind. So nahm das Personal in der Familienbildung bei steigender Nachfrage ab: Während 1998 bundesweit über 2.700 dort tätige Personen gezählt wurden, waren es 2010 nur noch rund 2.000 (Fuchs-Rechlin 2011: 2; Statistisches Bundesamt 2012b: 109). Zudem ist vor dem Hintergrund einer reduzierten Mitarbeiterschaft und einer gleichzeitig steigenden und differenzierten Nachfrage eine sinkende Qualität im System der Familienbildung zu befürchten.

Auch die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist von quantitativen und qualitativen Lücken in der Infrastruktur betroffen. Obgleich der Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige stetig voranschreitet, kann der elterliche Betreuungsbedarf derzeit nicht gedeckt werden. Vor allem die zeitliche Passung der Betreuung entspricht nicht den Bedarfen der Eltern.

Abbildung 16: Differenz zwischen tatsächlicher Betreuung und Betreuungsbedarf bei unter Dreijährigen 2012

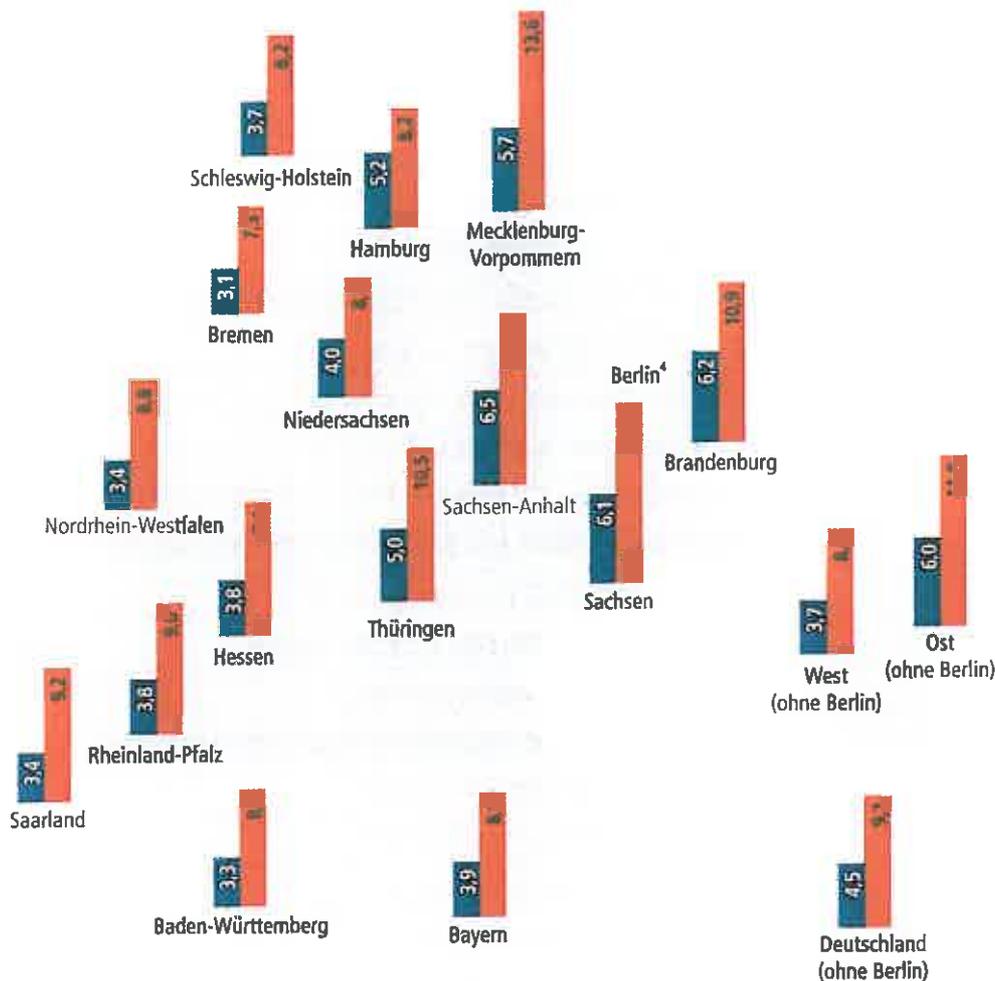


Angaben in Prozent

Quelle: DJI 2012: 13

Darüber hinaus ist die Qualität der Angebote zumindest in einigen Bundesländern im Zuge der Ausbauanstrengungen ins Hintertreffen geraten – was für die Entwicklung und Bildung von Kindern sowie ihr Wohlbefinden in der öffentlichen Betreuung nachhaltige negative Folgen haben kann. So zeigt ein Vergleich der Personalressourceneinsatzschlüssel, differenziert nach Gruppentypen, dass die meisten

Abbildung 17: Personalressourceneinsatzschlüssel¹ nach Gruppentypen in den Bundesländern am 1.3.2012



■ Krippengruppe² ■ Kindertagengruppe³

Angaben in Prozent

- ¹ Relation von Ganztagsinanspruchnahmeäquivalenten zu einem Vollzeitbeschäftigungsäquivalent. Der ausgewiesene Personalressourceneinsatzschlüssel drückt damit aus, wie viele Ganztagsinanspruchnahmeäquivalente in den Gruppen auf ein Vollzeitbeschäftigungsäquivalent kommen.
- ² Alle Gruppen, in denen ausschließlich Kinder unter drei Jahren sind
- ³ Alle Gruppen, in denen ausschließlich Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt sind
- ⁴ In Berlin werden fast alle Einrichtungen statistisch als Einrichtungen ohne feste Gruppenstruktur erfasst, auch wenn in Einrichtungen mit einer festen Gruppenstruktur gearbeitet wird. Aus diesem Grund sind keine weiteren Aussagen dazu möglich, wie der Personalressourceneinsatz in den Gruppen gestaltet wird.

Quelle: Bock-Famulla und Lange 2013: 318

Bundesländer von den empfohlenen Personalschlüsseln von 1:3 für Kinder unter drei Jahren sowie 1:7,5 für Kinder ab drei Jahren mitunter weit entfernt sind.

Der Bereich der Ganztagschulen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Hier ist bislang noch für ei-

nige Regionen und für bestimmte Schularten eine Unterversorgung zu verzeichnen. Auch das Personal in Ganztagschulen hinkt mit seinen Qualifikationen zum Teil den öffentlichen Ansprüchen hinterher.

Im direkten Wohnumfeld von Familien ergeben sich für städtische und für ländliche Umgebungen sehr unterschiedliche Bedarfe, die zunehmend nicht abgedeckt werden. Während in den Städten immer weniger Wohnraum zur Verfügung steht – der damit auch immer unerschwinglicher für Familien wird –, sind ländliche Regionen vor allem von mangelnder Grundversorgung, etwa im medizinischen Bereich, betroffen.

Schließlich ergibt sich ein »institutional gap«, wenn Infrastrukturen für Familien vorhanden und qualitativ ausgerichtet sind, diese jedoch nicht zu den konkreten Bedarfen, Lebenslagen und Lebensformen von Familien passen. Familienbildung hat beispielsweise die kulturelle Diversifizierung der Gesellschaft und die zunehmend ungleichen Lebenslagen von Familien bislang ungenügend berücksichtigt. Familienbildende Maßnahmen verfehlen durch ihre Mittelschichtorientierung nicht selten die Zielgruppen, die ihrer präventiven Unterstützungsleistungen am stärksten bedürfen.

Darüber hinaus sind die Zeittakte der verschiedenen öffentlichen Infrastrukturen nicht aufeinander abgestimmt und auch nicht auf die Zeitlogiken gewandelter Erwerbsarrangements in einer zunehmend entgrenzten Arbeitswelt eingestellt. Dies erhöht den Druck auf Familien und verkompliziert das Alltagsleben. Mancherorts zeichnet sich aber eine zunehmende Vernetzung von Infrastrukturen ab, beispielsweise im Rahmen von Eltern-Kind-Zentren oder Mehrgenerationenhäusern. Ein weiterer Ausbau von zentralen Anlaufstellen für Familien wäre auch aus familienzeitpolitischer Sicht wünschenswert.

Fazit und Empfehlungen

Um Familien nachhaltig in ihren familialen Gestaltungs- und Herstellungsleistungen gerade auch für Kinder zu unterstützen, ist es notwendig, dass Familienpolitik die Veränderungen, wie sie in den acht Trends skizziert wurden, in den Blick nimmt und dabei auch die Folgen für Kinder mitreflektiert. Dabei zeigt eine eigenständige Perspektive auf Kinder, wie sie in den Kindheitswissenschaften verfolgt wird, dass diese nicht unbedingt identisch ist mit der auf Familie, denn Familie wird meist aus einer Elternperspektive gedacht. Was für Eltern zur Bewältigung ihres Alltags hilfreich sein mag, kann aber für Kinder durchaus Schattenseiten haben.

Die inzwischen etablierte Forderung nach »Familienfreundlichkeit« als ein zumindest rhetorisches Leitziel der Gesellschaft muss um das der »Kinderfreundlichkeit« ergänzt werden. Es muss erläutert werden, was dies jeweils heißt, und mögliche Widersprüche müssen deutlich gemacht werden. Diese Differenzierung der Perspektiven sollte aufmerksam weiterverfolgt werden, wenn künftig von Familie als Entität geredet wird.

Bei der Bewältigung der durch die Trends beschriebenen Herausforderungen für Familien kann es nicht darum gehen, mithilfe von familienpolitischen Maßnahmen einzelne Trends wieder rückgängig zu machen. Vielmehr müssen Leistungen und Angebote so passfähig gestaltet werden, dass Kinder in ihren Familien gut aufwachsen können und die Interaktion mit den Umwelten von Familie und anderen für Kinder wichtigen gesellschaftlichen Bereichen gelingt, insbesondere dem Bildungssystem. Deshalb muss eine moderne Familienpolitik die gewandelten Rahmenbedingungen berücksichtigen und an den heutigen Bedarfen der Kinder sowie der Mütter und Väter ansetzen.

Der 7. Familienbericht von 2006 (BMFSFJ 2006) benannte in diesem Zusammenhang die Trias aus Geld, Zeit und Infrastrukturen, die für ein gelingendes Familienleben unerlässlich ist und durch eine entsprechende Familienpolitik den Kindern, Müttern und Vätern bereitgestellt werden sollte. Denn für die Erziehung und Versorgung von Kindern benötigen Eltern finanzielle, zeitliche und infrastrukturelle Ressourcen, die andere sind als die Bedarfe von kinderlosen Personen und Paaren. Da eben jene Bereitschaft, Kinder zu bekommen und sich um ihre Entwicklung zu kümmern, für die Gesellschaft besonders relevant ist, ist es unabdingbar, Familien eine angemessene Wertschätzung entgegenzubringen und sie durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, zeitfreundlichen Kontexten und familien- und kinderorientierten Infrastrukturen zu stärken.

Eine solche Unterstützung sollte darauf abzielen, eine tatsächliche Wahlfreiheit in der individuellen Lebensführung zu ermöglichen: Während es heute als selbstverständlich gilt, Menschen ohne Kinderwunsch mit ihrem Lebensentwurf zu akzeptieren, sollte eine moderne Familienpolitik Paare mit Kinderwunsch und bereits bestehende Familien durch entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen unterstützen und nicht, wie schon im 5. Familienbericht von 1994 (BMFS 1994) konstatiert, »strukturelle Rücksichtslosigkeit« gegen sie walten lassen und sie dadurch strukturell behindern.

So stellt sich die zentrale Frage, ob das bestehende komplexe bis unübersichtliche System des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs die unterschiedlichen Leistungen und die damit einhergehenden finanziellen Belastungen von heutigen Familien angemessen anerkennt und auch hier die Kinder selbst hinreichend im Blick hat.

Neben den unterschiedlichen Bedarfen von Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder ist zu beachten, dass einige Familien das Spannungsfeld zwischen familialen, beruflichen und schulischen Anforderungen stärker erfahren als andere. Dies hängt auch mit der Vervielfältigung von Familie in sozialer, regionaler und kultureller Hinsicht zusammen, denn in bestimmten Konstellationen – wie etwa bei Alleinerziehenden oder Familien mit Migrationshintergrund – kumulieren Belastungen häufiger. Daher wäre es wünschenswert, wenn Familienpolitik gerade diese Familien besonders unterstützen würde.

Nachfolgend werden die einzelnen Trends noch einmal aufgegriffen. Es soll gezeigt werden, wo Politik für Familien heute Defizite aufweist und welche Schlussfol-

gerungen und Empfehlungen sich für eine zukunftsfähige Familienpolitik hieraus ergeben.

Vervielfältigung der Familienformen

Die Vervielfältigung der Familienformen erfordert, dass neben der sogenannten Normal- oder Kernfamilie viele andere Familientypen wertgeschätzt und anerkannt werden. Dabei ergeben sich je nach Familienform unterschiedliche, spezifische Bedarfe. Die infrastrukturelle Unterstützung sollte auf die jeweilige Konstellation und Situation von Familien in ihrer Vielfalt zugeschnitten werden. Auch sollte, gerade im Interesse der Kinder, die selbst ja keinen Einfluss auf die Lebensform ihrer Eltern haben (z. B. ob diese verheiratet sind oder nicht), die Familienpolitik die verschiedenen Familienformen bedarfsgerecht und gleichermaßen unterstützen und fördern. Bei einer zeitgemäßen Familienpolitik kann es nicht darum gehen, bestimmte Lebensformen und Partnerschaftsmodelle entlang eines tradierten normativen Leitbildes, das Bodenhaftung verloren hat, anderen vorzuziehen. So ist kritisch zu konstatieren, dass ehebezogene Leistungen (z. B. das Ehegattensplitting) einen erheblichen Anteil der staatlichen familienbezogenen Leistungen ausmachen, obgleich davon nicht alle Familien profitieren bzw. gerade auch Paare ohne Kinder begünstigt werden.

Es ist daher zu empfehlen, die familienpolitischen Maßnahmenkataloge daraufhin zu prüfen, ob sie einer Selektivität unterliegen. Ziel müsste es sein, Maßnahmen so abzuändern, dass generell familiäre Leistungen, besonders die konkrete Sorge für Kinder, und nicht bestimmte Familienformen unterstützt werden. Dies gilt vor allem für das Handlungsfeld der ökonomischen Absicherung von Familien. Hier sollten finanzielle und steuerliche Vergünstigungen sowie monetäre Transfers gezielt an das Vorhandensein von Kindern statt an Familienformen gebunden werden. Dabei gilt es nicht nur, die unterschiedlichen Familienformen nebeneinander zu berücksichtigen, sondern auch – in einer Verlaufsperspektive –, die häufigen dynamischen Entwicklungen und Statuswechsel zu beachten: z. B. vom nicht ehelichen zum ehelichen Zusammenleben, zum Alleinerziehen bis zur Neugründung einer Patchworkfamilie.

Um der Pluralität von Familienformen angemessener Rechnung zu tragen, ist es auch sinnvoll, einen Wertediskurs über entsprechende Leitbilder zu eröffnen. Hierbei muss es darum gehen, die Stigmatisierung bestimmter Familienkonstellationen zu vermeiden, die Leistung der Sorge für die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen und so die Vielfalt in einer individualisierten und pluralisierten Gesellschaft anzuerkennen.

Erosion des Ernährermodells

Die Erosion des Ernährermodells hat zur Folge, dass sich Geschlechterkonzepte einander annähern. Dies bedeutet, dass Frauen auch als Mütter heute häufiger erwerbstätig sein wollen und sein müssen und Männer ihrer Vaterrolle vermehrt nachkommen möchten. Diese veränderten Geschlechterrollen müssen durch eine konsequente geschlechtergerechte Vereinbarkeitspolitik unterstützt werden, damit für Kinder ein gutes Aufwachsen möglich wird, ohne dies länger zwingend an die nicht erwerbstätige Mutter als Betreuungsperson und Hausfrau zu binden. Hier wäre ein Wertediskurs notwendig über Familien jenseits der klassischen Rollenverteilung und über die Vielfalt von Erwerbskonstellationen entlang der verschobenen Präferenzen beider Geschlechter.

In mehreren Handlungsfeldern könnte eine Gleichstellung zwischen Männern und Frauen befördert werden, die unabdingbar ist für eine zukunftsfähige Politik für Familien und für Kinder. Das traditionelle Ernährermodell darf nicht länger implizite Leitlinie sozial- und familienpolitischer Maßnahmen sein, die massive Auswirkungen darauf haben, welche unterstützenden Infrastrukturen auch für Kinder (z. B. Kinderbetreuung) zur Verfügung stehen.

Vor allem arbeitsmarktbezogene Rahmenbedingungen müssen eine tatsächliche Wahlfreiheit von Männern und Frauen hinsichtlich der partnerschaftlichen Aufgabenteilung im Lebensverlauf ermöglichen. Entsprechend sind Barrieren abzubauen, die dazu beitragen, dass Frauen dem Arbeitsmarkt fernbleiben, weil das Einkommensteuerrecht (Ehegattensplitting bzw. Steuerklassen) Anreize setzt, die eine Erwerbstätigkeit nicht lohnend erscheinen lassen. Ebenso wenig ist es weiter unterstützenswert, dass Väter deutlich länger arbeiten, als sie eigentlich möchten. Vielmehr sollte eine egalitär ausgerichtete Familienpolitik eine stärker gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen den Partnern bezüglich Haus- und Betreuungsarbeit fördern. Dabei sollte verstärkt Wert auf Maßnahmen gelegt werden, die den aktiven Einbezug von Männern in die Erziehungs- und Hausarbeit fördern. Dazu ist unter anderem die Etablierung einer wertschätzenden Haltung gegenüber den Leistungen der Familienarbeit als Sorge für Kinder notwendig – unabhängig davon, ob sie von Müttern oder Vätern verrichtet wird.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Angleichung des Entgeltes von Männern und Frauen: Nach wie vor hohe Lohnabstände erschweren eine egalitäre Aufgabenteilung. Zudem würde eine Annäherung der Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern den Wünschen von Müttern und Vätern besser entsprechen, wie zuletzt der 8. Familienbericht von 2012 (BMFSFJ 2012c) überdeutlich gezeigt hat. So würde nicht nur eine stärker egalitäre Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern befördert, sondern vor allem auch den Wünschen von Kindern im Hinblick auf die Arbeitszeiten ihrer Eltern, besonders im Hinblick auf mehr gemeinsame Zeit mit ihren Vätern, besser entsprochen.

Entgrenzung von Erwerbsbedingungen

Es konnte gezeigt werden, dass entgrenzte Erwerbsbedingungen den Familienalltag und die Erbringung von Sorgeleistungen für Kinder belasten können. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass sie sich negativ auf die Verwirklichung von Plänen zur Familiengründung bzw. -erweiterung auswirken. Die zeitliche und räumliche Flexibilität, die die Erwerbswelt heute von den Beschäftigten verlangt, erschwert die verlässliche Gestaltung des Familienlebens, auch wenn sie prinzipiell eine Erwerbsarbeit jenseits des starren männlichen Normalarbeitsverhältnisses ermöglicht. Vor allem würden selbstbestimmte und familienorientierte Arbeitszeiten (bezüglich Lage, Dauer und Verteilung sowie Arbeitsort) zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Zeit für die Familie führen.

Darüber hinaus wären Maßnahmen am Arbeitsmarkt wichtig, die Familien vor dem Abrutschen in prekäre Lebenslagen – trotz Erwerbstätigkeit – schützen könnten. In diesem Zusammenhang ist eine angemessene Vergütung von erwerbstätigen Eltern notwendig, damit sie nicht auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen sind. Eine Begrenzung der Anforderungen an ständige Verfügbarkeit und verdichtetes Arbeiten wäre sinnvoll. Hier ist im Interesse erwerbstätiger Eltern und ihrer Kinder eine intensive Zusammenarbeit von Familien- und Arbeitsmarktpolitik, von Ministerien und Tarifvertragsparteien notwendig, denn »gute Arbeit« ist eine Vorbedingung für ein gutes Familienleben mit Qualitätszeit. Sie lässt den Eltern hinreichend Zeit und Energien, ihre Kinder zu betreuen und zu fördern, wie es den Wünschen sowohl von Eltern als auch von Kindern entspricht.

Eltern unter Druck

Das Zusammentreffen der obigen Trends – sich annähernde Geschlechterkonzepte, vervielfältigte Familienformen, entgrenzte Erwerbsbedingungen bei gleichzeitig erhöhten Bildungserwartungen – führt dazu, dass Eltern immer mehr unter Druck geraten. Sie sind oft erschöpft und fühlen sich überfordert, bemühen sich aber dennoch, den Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht zu werden. Auch dies mündet in die Notwendigkeit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die aber nicht bedeutet, als neues Leitbild zwei vollzeitlich erwerbstätige Eltern zu etablieren. Vielmehr ist es wichtig, Frauen wie auch Männer bei der Beteiligung an beiden Lebensbereichen zu unterstützen und ihnen dabei Zeit zu lassen, für ihre Kinder zu sorgen.

Um dies zu ermöglichen, wären – neben einer monetären Absicherung – Zeitbudgetmodelle für die Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern oder für sonstige familienbezogene Zwecke im Lebensverlauf von Frauen und Männern ein wichtiges Instrument. Somit könnten Mütter und Väter in besonderen Situationen, etwa nach der Geburt eines Kindes oder bei der Einschulung, ihre Erwerbsarbeit einschränken oder befristet unterbrechen, um den Kindern mehr Aufmerksamkeit

zu widmen. In diesem Zusammenhang müssen die Unternehmen darüber hinaus für die Sorgeaufgaben ihrer Beschäftigten und für gewandelte Geschlechterrollen sensibilisiert werden. Auf Arbeitnehmerseite würde somit ein Umdenken forciert: Die Inanspruchnahme von Elternzeit sowie von Teilzeit für Väter würde normal und die Selbstverständlichkeit der Kinderbetreuung durch die Mütter hinterfragt.

Gleichzeitig müsste der Druck von Eltern genommen werden, sich in der frühzeitigen und andauernden Förderung ihrer Kinder professionalisieren zu müssen. Angesichts der weitverbreiteten Erziehungsunsicherheit von Eltern gilt es hier, einerseits hinreichend Beratung zur Verfügung zu stellen, andererseits aber die Optimierungsspirale, in der Eltern und Kinder sich heute befinden, zu reflektieren und zu unterbrechen. Familie als privater Freiraum mit »Eigensinn« muss anerkannt und respektiert werden, denn es geht bei Familie nicht um kontinuierliche zweckgerichtete Optimierung von Individuen, sondern zuallererst um Wohlbefinden, persönliche Entfaltung, um Zuwendung und gute Beziehungen.

Polarisierung der Lebenslagen

Die Polarisierung der Lebenslagen hat zur Folge, dass nicht alle Familien und Kinder gleiche Lebens- und Verwirklichungschancen haben. Daher muss es die Aufgabe einer nachhaltigen Familienpolitik besonders angesichts der negativen Folgen für Kinder sein, die Ungleichheit zwischen Kinderlosen und Familien sowie zwischen Familien in verschiedenen Lebenslagen zu verringern. Verbunden mit dem Aspekt ökonomischer Deprivation erleben Familien in benachteiligten Lebenslagen gleichzeitig vielfache Stigmatisierungen im Alltag. Eine Verstärkung der Wertschätzung der familialen Leistungen verschiedener Milieus, die sich nicht unhinterfragt an Mittelschichtnormen ausrichtet, wäre eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Zentral ist, Familien und Kinder vor Armut zu schützen und ihnen wirtschaftliche Stabilität und Teilhabe am sozialen Leben zu ermöglichen.

Um diese Ziele zu verfolgen, wäre es wichtig, die Mechanismen sozialer Ungleichheit zu durchbrechen, indem vor allem eine Verbesserung der Einkommens-, aber auch der Bildungsgerechtigkeit angestrebt würde. Für Ersteres bedürfen Familien und Kinder in Armutslagen einer gesonderten Unterstützung. Hier müsste das Existenzminimum für Kinder so berechnet werden, dass es ihre altersgerechten Bedarfe tatsächlich abbildet und die Besonderheiten des jeweiligen Wohnortes berücksichtigt. In diesem Kontext sind beispielsweise Alleinerziehende aufgrund besonderer Erwerbshindernisse wie einer quantitativ und qualitativ unzureichenden Kinderbetreuung und unpassenden Arbeitszeiten besonders von Armut betroffen. Für sie wären eine begleitete Berufseinmündung oder Teilzeitausbildungen als Armutsprävention denkbar, aber auch spezifische Unterstützungen, um Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung besser verbinden zu können.

Im Hinblick auf den zweiten Aspekt der Bildungsgerechtigkeit müsste die Inanspruchnahme einer qualitativ hochwertigen frühen Bildung und Betreuung für *alle*

Kinder gefördert werden. Darüber hinaus müsste sozial benachteiligten Eltern Hilfe angeboten werden, damit sie ihre Kinder selbst gut unterstützen können, wie dies beispielsweise derzeit im Bundesmodellprojekt »Elternchance ist Kinderchance« versucht wird. Im Bereich der schulischen Bildung würden etwa die Verlängerung der Grundschulzeit, qualitativ gute, gebundene Ganztagschulen sowie die Erhöhung der Durchlässigkeit im Schulsystem zu mehr Chancengerechtigkeit zwischen sozialen Gruppen führen. In allen Bereichen institutioneller Bildung käme es darauf an, die Interaktion von Fachkräften aus Kinderbetreuungseinrichtungen, sozialen Diensten sowie der Schule mit den Eltern zu verbessern.

Kulturelle Diversifizierung der Gesellschaft

Die kulturelle Diversifizierung der Gesellschaft, insbesondere durch den zunehmenden Anteil von Familien und Kindern mit Migrationshintergrund, ist durch soziale Mechanismen häufig eng verknüpft mit dem beschriebenen Trend sich polarisierender Lebenslagen. Vor allem für die Kinder selbst, weniger für die ältere Generation, wird aber das Zusammenleben in ethnischer und kultureller Vielfalt als solches immer selbstverständlicher, also »normaler«. Notwendig ist deshalb eine verstärkte Wertschätzung der diversen in Deutschland existenten Kulturen, indem eine Kultur der Anerkennung von Verschiedenheit etabliert wird, die gegenüber den positiven Leistungen von Familien und Kindern mit Migrationshintergrund offen ist.

Dies gilt besonders für die Fachkräfte in öffentlichen Institutionen. Sie stellen in den Bereichen Betreuung und Bildung oder Beratung und Hilfe den Schnittpunkt zwischen Familien und Gesellschaft dar und sind für Eltern und Kinder oft die wichtigsten Ansprechpersonen. Es ist notwendig, dass sie in ihrem Umgang mit Familien entsprechende interkulturelle Kompetenzen aufweisen und deren kulturbedingten Ressourcen respektvoll begegnen.

Es geht also nicht nur um Chancengerechtigkeit und Inklusion von Kindern – etwa durch alltagsbasierte Sprachbildung – aus unterschiedlichen sozialen, ethnischen und kulturellen Gruppen, sondern auch um einen neuen Blick auf Fremdheit und Anderssein, der diese als Bereicherung und Horizonterweiterung für deutschstämmige Familien und Kinder begreift. Die Datenlage zu Familien und Kindern mit Migrationshintergrund macht zudem deutlich, dass ihre systematische Erforschung vor allem unter Berücksichtigung der kulturellen bzw. nationalen Herkunft, der Migrationsgeneration und der damit oft verbundenen sozialen Benachteiligungen vorangetrieben werden sollte.

Wandel der Kindheit

Der Wandel der Kindheit hat für die heutige Familienpolitik vor allem zur Folge, das Wohlbefinden von Kindern verstärkt in den Blick zu nehmen, ihre eigenständige

Perspektive zu berücksichtigen und gleiche Teilhabechancen für alle Kinder zu ermöglichen. Familienpolitik muss sich hierfür von ihrer einseitigen Erwachsenenperspektive auf die Eltern lösen, Unterschiede von Interessen wahrnehmen und sich mit Konflikten zwischen Eltern- und Kinderperspektive auseinandersetzen.

Vor dem Hintergrund von Chancengerechtigkeit ist es vorrangig, dass die soziale Herkunft von Kindern im Bildungssystem und bei den sozialen Teilhabechancen an Bedeutung verliert. Daher sind verschiedenste Anstrengungen seitens der Familienpolitik wirksam mit entsprechenden Reformnotwendigkeiten in der Bildungspolitik zu verzahnen, um Kindern in der frühen und schulischen Bildung und Betreuung ein qualitativ hochwertiges Angebot zur Verfügung zu stellen, welches die individuellen Bedürfnisse und das Wohlergehen der Kinder im Blick hat.

Da Eltern jedoch weiterhin den wichtigsten Einfluss auf die Bildungsbiografie und damit auf die Verwirklichungschancen ihrer Kinder in deren Lebensverlauf haben, ist es notwendig, Eltern bei diesen Reformbemühungen einzubeziehen und familiäre Lebenskontexte mitzudenken. Zudem ist die Stärkung elterlicher Erziehungskompetenzen ein zentraler Ansatzpunkt. Dabei müssen vor allem solche Eltern erreicht werden, die aus beruflichen, familiären oder sprachlich-kulturellen Gründen bislang Angebote der Familienbildung oder eine Mitwirkung in den Bildungsinstitutionen nicht in Anspruch nehmen konnten. Wenn es gelingt, auf Eltern zuzugehen, sie als Fachleute einzubeziehen sowie als Partnerinnen und Partner bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu gewinnen, könnte das nachhaltige Effekte auf die Bildungsbiografie der Kinder haben.

Allerdings zeigt sich hier eine Ambivalenz: Denn von den Eltern sollte auch der Druck genommen werden, die Erziehung entlang schul- und arbeitsmarktkonformer Erwartungen »richtig« machen zu müssen. Eine gute Entwicklung von Kindern kann nicht mit einer Bildungsförderung gleichgesetzt werden, die Bildung auf die Aneignung von schulisch relevantem Wissen verkürzt. Der aktuelle »Bildungs- und Förderhype« übersieht, dass es in einem sehr breiten Sinn um die Befähigung von Kindern zu einem selbstbestimmten und selbstständigen Leben und zur Entwicklung von Lebensführungskompetenzen geht. Kindheit ist auch ein zweckfreier Raum, der Spiel und »sinnlose« Frei-Zeit zulässt. Nur wenn Kinder als Akteure mit Subjektstatus anerkannt werden, ist es möglich, dass ihre Rechte gewahrt werden und sie sich zu eigenständigen Persönlichkeiten entwickeln.

Schwindende Passfähigkeit von Infrastrukturen

Bezüglich der Infrastrukturen für Familien und Kinder konnte ein systematischer »institutional gap« zwischen aktuellen Bedarfen und gegebenen Angeboten aufgezeigt werden. Daraus ergibt sich für die Familienpolitik eine Reihe von Handlungsfeldern, die darauf abzielen, ein auf familiäre und kindliche Bedürfnisse abgestimmtes Netz von Maßnahmen zu etablieren. Der familienpolitische Dreiklang von Zeit, Geld und Infrastruktur (BMFSFJ 2006) systematisiert die Maßnahmen

zur Unterstützung von Familien. Er ist aber sowohl erweiterungsbedürftig um den querschnittigen Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit als auch differenzierungsbedürftig um den genauen Blick auf die Folgen für Kinder.

Abgesehen von den monetären Leistungen müssen Infrastrukturangebote vorrangig im sozialen Nahraum verankert und verfügbar sein, denn Lebensqualität von Familien entscheidet sich vor Ort. Im föderalen System Deutschlands braucht es hierfür vor allem ein besseres Zusammenspiel der Ebene des Bundes, der Länder und Kommunen, aber auch eine wirksamere Verzahnung der verschiedenen Akteure, die Familien unterstützen. Zu ihnen gehören neben den öffentlichen auch freie und private Träger wie Verbände der Wohlfahrtspflege, Familienverbände, Kirchen, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftliche Akteure.

Den heterogenen Bedarfen von Familien ist mit entsprechenden Förder- und Unterstützungsmaßnahmen zu begegnen, diese sind qualitativ weiterzuentwickeln und – wo nötig – quantitativ auszubauen. Das gilt beispielsweise für familienbezogene Präventionsmaßnahmen wie die Angebote der Familienbildung, -beratung und -hilfe, die sich zeitlich, räumlich, inhaltlich, methodisch und professionell verstärkt an den Lebenswelten ihrer Zielgruppen ausrichten müssen. Gerade Familien mit Migrationshintergrund, Väter oder besonders belastete Familien in prekären Lebenslagen müssen besser erreicht werden.

Weiterhin ist die flächendeckende, bedarfsorientierte Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsplätzen sowohl für die Förderung von Kindern als auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei den Eltern besonders wichtig. Dies gilt ebenfalls für den Ausbau von Ganztagschulen. Dabei ist allen Kindern und Jugendlichen in Bildungs- und Betreuungsinstitutionen ein anregungsreiches und an den individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen ausgerichtetes Angebot zur Verfügung zu stellen. Für die Eltern ist es notwendig, dass solche Angebote kompatibel sind mit ihren Erwerbsbedingungen (insbesondere den Arbeitszeiten) und auch atypische Arbeitszeiten und Ferienzeiten abgedeckt werden.

Familien fehlt es zunehmend an gutem bezahlbarem Wohnraum in den Städten sowie an einer zuverlässigen Grundversorgungsinfrastruktur im ländlichen Raum. Um weiterhin für Familien attraktiv zu bleiben, müssen Versorgungslücken quantitativ und qualitativ geschlossen und – aufgrund des demographischen Wandels – innovative passfähige Lösungen teilweise neu entwickelt werden.

Im Rahmen einer familien- und kinderfreundlichen Zeitpolitik in den Kommunen, bei der es um Zeitwohlstand für Eltern und Kinder geht, ist es schließlich wichtig, dass sich die zeitlichen Taktgeber von Familien aufeinander abstimmen. Die Integration kinderfördernder und elternunterstützender Angebote in vernetzten Einrichtungen wie Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern ist ein Element einer solchen familienorientierten Zeitpolitik.

Resümierend zeigt sich, dass die heutige Familienpolitik die diversen Veränderungen, die sich in und für Familien in den vergangenen Jahrzehnten ergeben haben,

viel zu wenig im Blick hat. Sie weist erheblichen Nachholbedarf in Richtung Modernisierung auf. Familienpolitik richtet sich auf die Unterstützung des Zusammenhalts und der wechselseitigen Sorge mehrerer Generationen. Auch wenn man das Wohlergehen von Kindern als spezifischen Ausgangs- und Zielpunkt von Familienpolitik wählt und heute zu Recht davon ausgeht, dass Eltern in gemeinsamer Verantwortung mit öffentlichen Institutionen und Zivilgesellschaft die Sorge für Kinder ausüben, muss Familienpolitik hierfür doch primär daran ansetzen, die Lebensform Familie in all ihrer Vielgestaltigkeit zu unterstützen und Kinder in den Mittelpunkt stellen.

Nachhaltige Familienpolitik muss hierfür vor allem das Ziel des wirtschaftlichen Auskommens aller Familien, des Angebots passfähiger Infrastrukturen, des Zeitwohlstands für die Beziehungen von Eltern und Kindern sowie der geschlechtergerechten Vereinbarkeit von Familie und Beruf verfolgen. Dafür sind auch die unterschiedlichen regionalen Bedarfe, vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen Stadt und Land sowie zwischen einzelnen Quartieren zu berücksichtigen.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen könnten Familien bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen besser unterstützt und ein gelingendes Aufwachsen von Kindern auch unter den veränderten Bedingungen einer modernen, flexibilisierten und individualisierten Gesellschaft möglich werden. Dies wäre ein bedeutender Schritt hin zu einer nachhaltigen, kinderfreundlichen Gesellschaft, die allen faire Teilhabechancen eröffnet.

Literatur

- Alt, Christian (2006): Milieu oder Migration – was zählt mehr? In: *DJI Bulletin* 76, 03/2006: 10–11.
- Alt, Christian, und Andreas Lange (2012): Erschöpft und ausgelaugt, und dann noch Kinder – Elternschaft zwischen Erwerbstätigkeit und Familie. In: Lutz, Ronald (Hrsg.): *Erschöpfte Familien*. Wiesbaden: 107–124.
- Alt, Christian, und Andreas Lange (2013): Das Kinderpanel – Ergebnisse und Perspektiven einer modernen Sozialberichterstattung. In: Braches-Chyrek, Rita, Michaela Hopf, Charlotte Röhner und Heinz Sünker: *Handbuch frühe Kindheit*. Opladen (im Erscheinen).
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): *Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf*. Bielefeld.
- Baykara-Krumme, Helen (2012): Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund: Lebenslage und Familienpolitik im Integrationskontext. In: Bertram, Hans, und Martin Bujard (Hrsg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik. Soziale Welt, Sonderband 19*. Baden-Baden: 99–114.
- Bertelsmann Stiftung (2012a): *Mittelschicht unter Druck?* Gütersloh.

- Bertelsmann Stiftung (2012b): *Willkommenskultur in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland*. Gütersloh.
- Betz, Tanja (2011): Zwei Welten – Interethnische Kindheit zwischen Familie und Grundschule. In: Lange, Andreas, und Margret Xyländer (Hrsg.): *Bildungswelt Familie. Theoretische Rahmung, empirische Befunde und disziplinäre Perspektiven*. Weinheim: 267–295.
- BIAJ (Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V.) (2013): BIAJ-Kurzmitteilung. Kinder im Alter von unter 15 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Hartz IV) im Bund, in den Ländern und in den Kreisen (Dezember 2007 bis Dezember 2012). http://biaj.de/images/stories/2013-04-25_sgb2-kinder-122012rev.pdf (26.7.2013).
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2013): *Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin.
- BMFS (Bundesministerium für Familie und Senioren) (1994): *Fünfter Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens*. Bonn.
- BMFSFJ (2000): *Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen*. Berlin.
- BMFSFJ (2006): *Familien zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven einer lebenslaufbezogenen Familienpolitik. Siebter Familienbericht*. Berlin.
- BMFSFJ (2010): *Familien mit Migrationshintergrund. Lebenssituationen, Erwerbsbeteiligung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf*. Berlin.
- BMFSFJ (2011): *Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht*. Berlin.
- BMFSFJ (2012a): *Familienreport 2012. Leistungen, Wirkungen, Trends*. Berlin.
- BMFSFJ (2012b): *Monitor Familienleben 2012*. Berlin.
- BMFSFJ (2012c): *Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht*. Berlin.
- BMFSFJ (2013): *14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland*. Berlin.
- Bock-Famulla, Kathrin, und Jens Lange (2013): *Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2013. Transparenz schaffen – Governance stärken*. Gütersloh.
- Bradna, Monika, Karin Jurczyk und Sabina Schutter (2012): Was junge Familien brauchen. In: *frühe Kindheit – die ersten sechs Jahre*, Sonderausgabe 2012: 8–15.
- DGB-Index Gute Arbeit (2012): *Arbeitshetze – Arbeitsintensivierung – Entgrenzung. Ergebnisse der Repräsentativumfrage 2011*. Berlin.
- DJI (Deutsches Jugendinstitut) (2012): *Erste Befunde der DJI-Länderstudie im Rahmen der KiföG-Evaluation*. München.
- Elefanten Kinderschuhe (2012): *Die Elefanten-Kinderstudie 2011/2012. Zur Situation der Kindergesundheit in Deutschland. Große Ohren für kleine Leute!* Recklinghausen.
- Forsa (2013): Wenn Eltern die Wahl haben. Berlin. www.eltern.de/c/pdf/ELTERN_forsa-Studie_Wahl.pdf.

- Fuchs-Rechlin, Kirsten (2011): *Familienbildung – (noch immer) ein »Stiefkind« der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Datenanalysen der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik. Bereich: Familienbildung.* Dortmund.
- Galster, Anja, und Thomas Haustein (2012): Familien mit Migrationshintergrund: Traditionelle Werte zählen. In: *STATmagazin*, Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes vom 13.3.2012: www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Bevoelkerung/2012_03/2012_03Migrationshintergrund.html (18.2.2013).
- GEOlino, UNICEF und BMAS (2010): Kinderwertemonitor 2010. Ergebnisse einer Untersuchung im Auftrag von GEOlino in Kooperation mit UNICEF, unterstützt vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. www.geo.de/_components/GEO/info/presse/files/2010/kinderwerte/praesentation_PK_final.pdf (29.10.2013).
- Haubl, Rolf, G. Günter Voß, Nora Alsdorf und Christoph Handrich (2013): *Belastungsstörung mit System. Die zweite Studie zur psychosozialen Situation in deutschen Organisationen.* Göttingen.
- Jurczyk, Karin (2013): Familie als Herstellungsleistung. Konturen eines neuen Konzeptes. In: Jurczyk, Karin, Andreas Lange und Barbara Thiessen (Hrsg.): *Doing Family. Familienalltag heute.* Weinheim (im Erscheinen).
- Jurczyk, Karin, Barbara Keddi, Andreas Lange und Claudia Zerle (2009a): Zur Herstellung von Familie. Wie sich die Alltagspraxis von Vätern, Müttern und Kindern erforschen lässt – ein Werkstattbericht. In: *DJI Bulletin Plus* (4) 88: I–VIII.
- Jurczyk, Karin, Michaela Schier, Peggy Szymenderski, Andreas Lange und G. Günter Voß (2009b): *Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie: Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung.* Berlin.
- Keller, Matthias, und Thomas Haustein (2012): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. In: *Wirtschaft und Statistik* 12/2012: 1079–1099.
- Klieme, Eckhard, Cordula Artelt, Johannes Hartig, Nina Jude, Olaf Köller, Manfred Prenzel, Wolfgang Schneider und Petra Stanat (Hrsg.) (2010): *PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt. Zusammenfassung.* Münster. http://pisa.dipf.de/de/de/pisa-2009/ergebnisberichte/PISA_2009_Zusammenfassung.pdf (21.2.2013).
- Langmeyer, Alexandra, und Sabine Walper (2013): Einleitung: Zur Entwicklung nichtehelicher Geburten in Deutschland. In: Jurczyk, Karin, und Sabine Walper (Hrsg.): *Gemeinsames Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern. Empirische Studien und juristische Expertisen.* Wiesbaden: 21–26.
- Laubstein, Claudia, Gerda Holz, Jörg Dittmann und Evelyn Sthamer (2012): *Von alleine wächst sich nichts aus... Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Abschlussbericht der 4. Phase der Langzeitstudie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt.* Berlin.
- LBS-Initiative Junge Familie (2007): *Stimmungen, Trends und Meinungen von Kindern in sieben Bundesländern. Ergebnisse des Erhebungsjahres 2006/2007.* Münster und Herten.

- LBS-Initiative Junge Familie (2009): *Wir sagen euch mal was. Stimmungen, Trends und Meinungen von Kindern in Deutschland*. Recklinghausen.
- LBS-Initiative Junge Familie (2011): *LBS-Kinderbarometer Deutschland 2011. Stimmungen, Trends und Meinungen von Kindern aus Deutschland*. Münster und Her-ten.
- Leven, Ingo, und Ulrich Schneekloth (2010a): Die Freizeit: Sozial getrennte Kinderwelten. In: World Vision Deutschland (Hrsg.): *Kinder in Deutschland 2010. 2. World Vision Kinderstudie*. Frankfurt am Main: 95–140.
- Leven, Ingo, und Ulrich Schneekloth (2010b): Die Schule: Frühe Vergabe von Lebenschancen. In: World Vision Deutschland (Hrsg.): *Kinder in Deutschland 2010. 2. World Vision Kinderstudie*. Frankfurt am Main: 161–186.
- Lohmann-Haislah, Andrea (2012): Zusammenfassung der Ergebnisse. In: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Hrsg.): *Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden*. Dortmund, Berlin und Dresden: 164–177.
- Martens, Rudolf (2012): *Arme Kinder – arme Eltern. Zahlen, Daten, Fakten*. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. Berlin.
- Meier-Gräwe, Uta, und Irene Kahle (2009): Balance zwischen Beruf und Familie – die Zeitsituation von Alleinerziehenden. In: Heitkötter, Martina, Karin Jurczyk, Andreas Lange und Uta Meier-Gräwe (Hrsg.): *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: 91–110.
- Merkle, Tanja (2011): Milieus von Familien mit Migrationshintergrund. In: Fischer, Veronika, und Monika Springer (Hrsg.): *Handbuch Migration und Familie. Grundlagen für die Soziale Arbeit mit Familien*. Reihe Politik und Bildung – Band 59. Schwalbach: 83–99.
- Middendorff, Elke, Beate Apolinarski, Jonas Poskowsky, Maren Kandulla und Nicolai Netz (2013): *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung*. Bonn und Berlin.
- Otremba, Katrin (2013): Kinder mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung. In: Cinar, Melihan, Katrin Otremba, Monika Stürzer und Kirsten Bruhns: *Kinder-Migrationsreport. Ein Daten- und Forschungsüberblick zu Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern mit Migrationshintergrund*. München: 14–22.
- Schutter, Sabina, und Claudia Zerle-Elsässer (2012): Das Elterngeld: Wahlfreiheit und Existenzsicherung für (alle) Eltern? In: *WSI Mitteilungen* (65) 3: 216–225.
- Statistisches Bundesamt (2003): *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011): *Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland*. Fachserie 1, Reihe 4.1.1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012a): *Niedriglohn und Beschäftigung 2010*. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 10.9.2012 in Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2012b): *Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen und tätige Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) 2010*.

- www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/SonstigeEinrichtungen5225403109004.pdf?__blob=publicationFile (19.3.2013).
- Statistisches Bundesamt (2013a): *Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2011 geborene Kinder. Januar 2011 bis März 2013*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2013b): *Zensus. Bevölkerung Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 2011*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2013c): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus*. Fachserie 1, Reihe 3. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2013d): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2012*. Fachserie 1, Reihe 4.1.1. Wiesbaden. www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/StandEntwicklungErwerbstaetigkeit2010411127004.pdf?__blob=publicationFile (16.9.2013).
- Statistisches Bundesamt (2013e): *Bevölkerung, Erwerbstätige, Erwerbslose, Erwerbspersonen, Nichterwerbspersonen*. www.genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=5F39466F89FE216D8BFE0F4B287F5CA4.tomcat_GO_2_1?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=1&levelid=1379338721358&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12211-0001&auswahltext=&werteabruf=starten (16.9.2013).
- Tölke, Angelika (2012): *Erwerbsarrangements. Wie Paare und Familien ihre Erwerbstätigkeit arrangieren*. In: Rauschenbach, Thomas, und Walter Bien (Hrsg.): *Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey*. Weinheim: 201–214.
- Walper, Sabine (2008): *Sozialisation in Armut*. In: Hurrelmann, Klaus, Matthias Grundmann und Sabine Walper (Hrsg.): *Handbuch Sozialisationsforschung*. 7., vollständig überarbeitete Auflage. Weinheim: 203–216.
- Walper, Sabine (2009): *Links of perceived economic deprivation to adolescents' well-being six years later*. In: *Zeitschrift für Familienforschung* 21: 107–127.
- Zok, Klaus, und Heiko Dammasch (2012): *Flexible Arbeitswelt: Ergebnisse einer Beschäftigtenbefragung*. In: Badura, Bernhard, Antje Ducki, Helmut Schröder, Joachim Klose und Markus Meyer (Hrsg.): *Fehlzeiten-Report 2012. Gesundheit in der flexiblen Arbeitswelt: Chancen nutzen – Risiken minimieren. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft*. Berlin: 39–52.

Familien sind heute vielfältiger als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Auch das Familienleben hat sich verändert und ist mit wachsenden Herausforderungen verbunden: Die Lebenslagen von Familien, ihre finanziellen und kulturellen Ressourcen, driften immer weiter auseinander. Zu viele Kinder und Familien leben in Armut. Immer mehr Mütter sind heute erwerbstätig, geraten aber, wie auch Väter, durch entgrenzte Erwerbsbedingungen verstärkt unter Druck. Kinder wachsen häufiger in Familien mit Migrationshintergrund auf. Infrastrukturen und Institutionen passen oft nicht zu den Bedarfen von Familien.

In acht Trends belegen die Autorinnen diese Veränderungen des Familienalltags mithilfe einschlägiger Daten und Befunde und skizzieren die Folgen für das Aufwachsen von Kindern. Ihre Analyse macht deutlich, dass die Familienpolitik mit vielen Entwicklungen nicht Schritt gehalten hat. Sie sollte neu – von den Kindern aus – gedacht werden.

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

| Verlag Bertelsmann Stiftung

ISBN 978-3-86793-543-2



€ 25,00 [D]